

Lauth | Bein

Vergleichende Demokratieforschung



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft an Universitäten und Hochschulen

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende Wissenschaftler:innen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querverweise.

Hans-Joachim Lauth | Simon Bein

Vergleichende Demokratieforschung



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1524-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-4330-3 (ePDF)

1. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
Abkürzungen der Länder	12
Weitere Abkürzungen	13
1. Einleitung	15
2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung	21
2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung	21
2.1.1 Drei Dimensionen der Demokratie	25
2.1.2 Messung der Demokratie	29
2.1.3 Verständnisse von Demokratie	36
2.2 Vergleichende Demokratieforschung als Teil der Politikwissenschaft	37
2.2.1 Methoden und Subtypen von Demokratie	38
2.2.2 Vergleichsdesign der Vergleichenden Politikwissenschaft	40
2.3 Entstehung und Grundlagen der Transformationsforschung	41
2.3.1 Grundlegende Begriffe	46
2.3.2 Transformationsphasen	49
2.3.3 Qualitätsverluste und Resilienz konsolidierter Demokratien	53
3. Treiber und Hindernisse von Demokratisierung	55
3.1 Modernisierungstheorien (ökonomisch, kulturell, politisch)	56
3.2 Institutionentheorien (formale und informelle Institutionen)	63
3.2.1 Regierungssystem	64
3.2.2 Partizipation und Wahlen	68
3.2.3 Informelle Institutionen	69
3.2.4 Pfadabhängigkeiten	75
3.3 Akteurstheorien (Ressourcen, Konstellationen, Interessen – makro vs. mikro)	79
3.4 Externe Faktoren und Demokratieförderung	81
3.5 Zur Plausibilität und Reichweite der Theorien der Demokratisierung	87
4. Demokratisierung im Vergleich: Wo und wie entsteht Demokratie?	91
4.1 Drei Demokratisierungsphasen	92
4.2 Erklärungen der beiden ersten Wellen	94
4.3 Die dritte Welle der Demokratisierung	98
4.3.1 Verlauf der dritten Welle der Demokratisierung	99
4.3.2 Südeuropa	105
4.3.3 Lateinamerika	106
4.3.4 Europa	108
4.3.5 Afrika	109
4.3.6 Asien	112
4.3.7 Art des Regimewechsels	115

Inhalt

4.4	Ursächliche Faktoren	117
4.4.1	Erklärungen Südeuropa	120
4.4.2	Erklärungen Lateinamerika	121
4.4.3	Erklärungen der postsowjetischen Demokratisierung	122
4.4.4	Erklärungen Asien	123
4.4.5	Erklärungen Afrika	124
4.4.6	Erklärungen Arabischer Frühling	124
4.5	Diskussion und Fazit Transformationstheorien	125
4.6	Defizitäre Demokratie und Konsolidierung der Demokratie	131
5.	Entdemokratisierung im Vergleich: Wie gefährdet sind Demokratien?	139
5.1	Zur Vielfalt der Begrifflichkeiten	139
5.1.1	Regression	141
5.1.2	Backsliding/Erosion	142
5.1.3	Rollback	144
5.1.4	Entdemokratisierung und ihre Untersuchungsebenen	144
5.2	Makro-Ebene: Regimequalität etablierter Demokratien	146
5.2.1	Die Perspektive der globalen Demokratieentwicklung	146
5.2.2	Die Regimequalität der Demokratien Westeuropas und Nordamerikas	152
5.2.3	Zwischenfazit Makro-Ebene	156
5.3	Meso-Ebene: Akteure intermediärer Vermittlung	157
5.3.1	Entwurzelung etablierter Parteien	159
5.3.2	Erstarken populistischer Parteien	163
5.3.3	Qualität intermediärer Vermittlung	165
5.3.4	Öffentliche Kommunikation und Polarisierung der Parteiensysteme	166
5.3.5	Zwischenfazit Meso-Ebene	170
5.4	Mikro-Ebene: Gesellschaftliche Verankerung der Demokratie	171
5.4.1	Allgemeine Unterstützung der Demokratie	171
5.4.2	Demokratieverständnisse	173
5.4.3	Zufriedenheit mit der Demokratie	177
5.4.4	Vertrauen in demokratische Institutionen	179
5.4.5	Populistische und autoritäre Einstellungen	183
5.4.6	Zwischenfazit Mikro-Ebene	186
5.5	Wie gefährdet sind Demokratien? Zusammenfassung der Bestandsaufnahme	187
6.	Treiber einer Entdemokratisierung bestehender Demokratien	191
6.1	Treiber auf der Makro-Ebene	192
6.1.1	Das Globalisierungsdilemma nationaler Demokratien	192
6.1.2	Systemkonkurrenz durch Autokratien	195
6.2	Treiber auf der Meso-Ebene	198
6.2.1	Digitalisierung und neue Kommunikationstechnologien	199
6.2.2	Neue gesellschaftliche Konfliktlinie	202
6.2.3	Mangelnde Repräsentativität	204
6.3	Treiber auf der Mikro-Ebene	207
6.3.1	Individualisierung	208

6.3.2	Verunsicherung und Beschleunigung	212
6.3.3	Gesellschaftliche Polarisierung	214
6.4	Umfassende Theorien der Entdemokratisierung	218
7.	Unterschiede und Gemeinsamkeiten der theoretischen Ansätze von Demokratisierung und Entdemokratisierung	225
8.	Perspektiven zur Stärkung der Demokratie	243
8.1	Ausgangslage	243
8.2	Die Resilienz der Demokratie	245
8.3	Ausbau der Partizipation	250
8.4	Verbesserung der Repräsentation und Responsivität	253
8.5	Veränderung der Kommunikation	256
8.6	Reflexion von Performanzerwartungen	259
8.7	Fazit	262
	Bibliographie	265
	Sachregister	291
	Personenregister	297
	Bereits erschienen in der Reihe STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2021)	299

1. Einleitung

Das vorliegende Lehrbuch ist eine Gemeinschaftsproduktion von Politikwissenschaftlern aus zwei Generationen, die dabei ihre jeweilige Perspektive einbringen. Demokratie stand nicht oben auf der Agenda, als der ältere der beiden Autoren sein Studium Ende der 1970er-Jahre begann. Erste Erfolge der Demokratisierung waren zwar zu beobachten. Sie fanden überwiegend in Südeuropa statt, andere Regionen waren noch kaum einbezogen. Ein größerer Teil der Forschung beschäftigte sich mit früheren oder noch aktuellen Formen autoritärer Herrschaft. So drehten sich viele Diskussionen um das Verständnis von totalitärer Herrschaft und Faschismus in Europa sowie autoritärer Herrschaft in der damals sogenannten dritten Welt, deren Existenz von westlicher Seite akzeptiert wurde, solange die Länder auf der ‚richtigen‘ Seite standen. Die Zeit war auch in der Wissenschaft vom ideologischen Wettstreit des Kalten Krieges geprägt, wie die Rede vom *Ende der Geschichte* (Fukuyama) zu Beginn der 1990er-Jahre eindrücklich zeigt. Es gab damals ebenfalls erste Versuche, die verschiedenen Formen autoritärer Herrschaft konzeptionell zu erfassen. Neben Einparteienregimen und Militärdiktaturen ist hier der Vorschlag des bürokratisch-autoritären Staates zu nennen, mit dem damals ein noch junger argentinischer Politikwissenschaftler seine überaus erfolgreiche und wirkungsträchtige Karriere startete. Guillermo O'Donnell (1973) versuchte mit diesem Konzept die Herrschaftsstrukturen in Argentinien und Brasilien zu erfassen und löste eine umfangreiche Debatte darüber aus.¹

O'Donnell war dann wiederum einer der ersten, der die Tragweite der sich in den 1980er-Jahren beschleunigenden Demokratisierung erfasste und dann mit zahlreichen Beiträgen analysierte und kommentierte. Spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren die nun global zu beobachtenden Demokratisierungsprozesse nicht mehr zu übersehen. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte wurde die Mehrzahl der Staaten demokratisch regiert. Demokratieforschung wurde zur Demokratisierungsforschung und dominierte die politikwissenschaftliche Agenda der Vergleichenden Politikwissenschaft und partiell auch der Internationalen Beziehungen. So konnten Möller und Skaaning in der Einleitung zu ihrem Lehrbuch noch problemlos schreiben: „In fact, democracy has assumed an entirely unique position in the vocabulary of contemporary mankind. It has come to shine so brightly that it is hardly necessary to defend its merits“ (2012: 4). Francis Fukuyama (1992) sah daher wie erwähnt das Ende der geschichtlichen Auseinandersetzungen im Systemwettstreit nach dem Ende der UdSSR und der kommunistischen Herrschaft gekommen. Die Demokratie hatte sich durchgesetzt und stand für ihn nun alternativlos auf der Agenda. Der Zeitgeist atmete Demokratie.

Mehr als dreißig Jahre danach sind wir ‚klüger‘ und zugleich ernüchtert (Vorländer 2013). Der große Demokratisierungsschwung ist längst verpufft. Autokratische Tendenzen sind fast überall zu beobachten und Autokratien haben sich gefestigt und an Einfluss gewonnen. Zugleich ist das Verständnis von Demokratie, das

1 Zugleich war dieses Konzept auch die Examensgrundlage des Verfassers (Lauth 1985).

1. Einleitung

nie unumstritten war, nun noch stärker in die Diskussion geraten (Ercan/Gagnon 2014). So ist die Perspektive des jüngeren der beiden Autoren, der sein Studium 2010 mit einer Einführungsvorlesung bei dem älteren in Würzburg begann, von Beginn an stärker mit den Problemen und Bruchstellen demokratischer Herrschaft konfrontiert. Die Zahl der Publikationen zur Krise der Demokratie stieg rasant an (Weidenfeld 1996; Brodocz et al. 2008). Mit der weltweiten Finanz- und Schuldenkrise, die sich in der Europäischen Union besonders in Südeuropa zuspitzte, sind die Grautöne und Schattenseiten des demokratischen Regierens der 2000er-Jahre offensichtlich hervorgetreten. Die Bankenpleite der Lehman Brothers 2008, die Bilder der Proteste der griechischen Bevölkerung gegen die Sparvorgaben der Troika 2012 und der Höhepunkt der Migrationskrise 2015 am Budapester Bahnhof Keleti stehen hier symbolisch für eine neu einsetzende Phase der Krisen und Krisenforschung. Nicht jeder, von aktuellen Geschehnissen getrübt, muss zwar alarmistisch den sofortigen Niedergang der Demokratie ausrufen, aber

„auch ein realistischer, historisch informierter Blick kommt nicht umhin, einen Befund auszustellen, der zu einem neuen Nachdenken über die Demokratie, wie wir sie kennen und wie sie sich derzeit wandelt, führt“ (Vorländer 2013: 267 f.).

Es ist dennoch bereits an dieser Stelle darauf zu verweisen, dass pessimistische Krisengesänge kein gänzlich neues Phänomen der Vergleichenden Demokratieforschung sind: Schon in der antiken Philosophie wurde gegenüber dieser Staatsform eine gewisse Skepsis zum Ausdruck gebracht (Schmidt 2019a: 519). Platon bezeichnete es als Gefahr für ein Gemeinwesen, wenn auf unkontrollierte Art und Weise jedes Mitglied, unabhängig von seinen Fähigkeiten Mitspracherecht besitzt. Auch mit Blick auf ein zentrales Element der modernen Demokratie – die Repräsentation – hat die Demokratiekritik eine gewisse Tradition. Aus der Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten ergibt sich bereits *per se* ein Spannungsverhältnis, welches dieser Lesart zufolge das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Gleichheit gefährde und die Repräsentanten mit zu großer Macht ausstatte. Daraus resultieren identitäre Demokratietheorien in der Tradition Rousseaus und Carl Schmitts, aber auch die breit diskutierte Forderung nach dem Ausbau der direktdemokratischen und deliberativen Beteiligungsmöglichkeiten. Neben der Input-Perspektive setzen zahlreiche Krisendiagnosen wiederum stärker beim Leistungsprofil bestehender Demokratien an.

1975 bereits erregte eine vielbeachtete kritische Analyse zur Regierbarkeit – oder vielmehr Unregierbarkeit – westlicher Demokratien Aufsehen (Crozier et al. 1975). War die These der Unregierbarkeit ein klassisch neo-konservativer Ansatz der Krisendiagnose, mischten sich zusehends auch Elemente der sozialistisch orientierten Gesellschaftskritik des linken Spektrums darunter. An beiden ideologischen Polen wuchs unabhängig von den im Detail auszumachenden Ursachen ein Gefühl der Enttäuschung über die Situation der westlichen Demokratien (Offe 2003: 42 ff.). Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch des Sowjetsozialismus nach 1990 war dann aber jegliche Skepsis gewichen: Die neoliberale Weltordnung aus Kapitalismus und liberaler Demokratie werde sich

als *last man standing* erweisen und das *Ende der Geschichte* einläuten, wie es Fukuyama (1992) prophezeite. Doch die Euphorie hielt nicht lange: „And yet, as democracy celebrates its triumph over communism, there are continuing signs of public doubts about the vitality of the democratic process” (Dalton 1999: 57).

Die Erforschung der Demokratie ist also von Beginn an geprägt von Kritik und Skepsis, von Euphorie sowie dem Wettstreit zwischen konkurrierenden Prinzipien und Auslegungen. Vielmehr erscheint es, als markierte die Phase der dominanten Demokratieeuphorie in den 1980er- und 1990er-Jahren eine Ausnahme. Die Anziehungskraft der Kombination aus Demokratie und Marktwirtschaft, aus Kapitalismus und wohlfahrtsstaatlicher Absicherung in starken Nationalstaaten erschien groß. Es herrschte also eine „demokratiefreundliche Großwetterlage“ (Schmidt 2019a: 521). Gegenwärtig allerdings eine *Demokratiedämmerung* (Selk 2023) auszurufen, erscheint wiederum ebenfalls die erstaunliche Persistenz und Anpassungsfähigkeit der Demokratie zu unterschätzen. Dämmerung und Euphorie sind historisch betrachtet zwei periodisch auftretende Stimmungslagen in der Demokratieforschung.²

Das vorliegende Buch erscheint daher notwendig, da bisher nur selten die Vielzahl gegenwärtiger Krisendiagnosen den Erkenntnissen der Transformationsforschung gegenübergestellt worden ist. Gleichmaßen lassen sich durch die verdichtete Zusammenführung von Theorie und Empirie die Plausibilität und Reichweite der Erklärungsansätze sinnvoll darstellen. Allerdings besitzt dieses Vorhaben selbst in einem solch geeigneten Rahmen seine Grenzen. Ein Lehrbuch zur Vergleichenden Demokratieforschung hat sich als Herausforderung für uns erwiesen, obwohl wir beide zu dieser Thematik umfangreich geforscht, publiziert und gelehrt haben. Die Literatur zur Demokratie – ihrer Entstehung und ihren Krisen – ist inzwischen mehr als unüberschaubar geworden; vor allem wenn wir die zahlreichen Zeitschriftenbeiträge einbeziehen. Hilfreich für die Strukturierung unseres Unterfangens haben sich bestehende Einführungen und Handbücher erwiesen (zum Beispiel Merkel 2010 und Merkel et al. 2019). Auch das aktualisierte Lehrbuch von Möller und Skaaning (2024), das in Teilen stärker historisch ausgerichtet ist, war für unser Projekt anregend. Insgesamt haben wir versucht, sowohl die grundlegende Literatur aufzugreifen als auch die aktuelle Diskussion einzubeziehen. So liegt diesem Band ein umfangreicher Literaturkanon zugrunde. Um den Lesenden eine weiterführende Perspektive in der Auseinandersetzung mit der Thematik zu geben, haben wir nach jedem Kapitel Hinweise für eine vertiefende Lektüre angefügt.

Neu an diesem deutschsprachigen Lehrbuch ist ein umfassendes Verständnis von Regimetransformation, das nicht nur die Transitionen *zur* Demokratie vor allem im Rahmen der dritten Welle der Demokratisierung erfasst, sondern auch die aktuellen Krisen der Demokratie und stattfindende Prozesse der *Entdemokratisierung* thematisiert. Neben der deskriptiven Darstellung der Entwicklungen ist es ein wichtiges Ziel des Bandes, die Ursachen für die Demokratisierung, aber auch

2 Was nicht bedeutet, dass die Demokratieforschung auch sich selbst nicht auch kritisch und selbstreflexiv hinterfragen muss, um nicht „unplausibel“ (Selk 2023: 176) zu werden, sondern weiterhin fundierte empirische Bestandsaufnahme mit normativer Kritik zu verbinden.

1. Einleitung

für die vorliegenden Prozesse der Entdemokratisierung zu untersuchen. Zu klären ist dabei die Frage nach der Reichweite von Theorien und deren Plausibilität. Zudem werden Vorschläge diskutiert, die zur Lösung der konstatierten Problemlagen beitragen könnten.

Im Einzelnen gehen wir in folgenden Schritten vor: Im *zweiten* Kapitel stehen die Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung im Mittelpunkt: Welche Begriffe und Konzepte sind unser Rüstzeug für die empirische Analyse? An welchen Forschungskontext schließt unser Buch hier an? Im *dritten* Kapitel erfolgt die Darstellung der wichtigsten Transformationstheorien mit einem besonderen Fokus auf die dritte Demokratisierungswelle. Zentrale Ansätze umfassen hier die ökonomische Modernisierung, formale und informelle Institutionen, Akteure sowie externe Faktoren der Demokratieförderung. Das *vierte* Kapitel geht über zu den empirischen Befunden. Der Schwerpunkt liegt auf dem Verlauf der dritten Demokratisierungswelle in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Kapitel *fünf* und *sechs* behandeln dann den Themenkomplex der Entdemokratisierung, zunächst aus empirischer Perspektive (fünftens) und dann als Übersicht über die zentralen Erklärungsansätze (sechstens). Gleichfalls werden Begrifflichkeiten geklärt und abgegrenzt, da hier ebenfalls eine teilweise schwer überschaubare und wenig trennscharfe Vielfalt vorherrscht (u. a. Regression, Erosion, *Backsliding*, *Rollback*, Autokratisierung). Das *siebte* Kapitel führt die Theorien der Demokratisierung und der Entdemokratisierung zusammen und stellt Parallelen sowie Unterschiede heraus. Das *achte* und letzte Kapitel gibt einen Ausblick auf Stärkungsmöglichkeiten der Demokratie. Am Ende jeder Untersuchungsdimension folgt ein Zwischenfazit sowie jeweils ein Gesamtfazit der empirischen beziehungsweise theoretischen Bestandsaufnahme. Zahlreiche Abbildungen und Tabellen sollen den Text veranschaulichen und leichter nachvollziehbar machen. Dazu dienen auch die in den Band eingestreuten Infokästen.

Anzumerken ist noch, dass die Kapitel vier und fünf mit den deskriptiven Darstellungen von Demokratisierung und Entdemokratisierung nicht ganz trennscharf sind. Dies ist dem Tatbestand geschuldet, dass zum einen die Demokratisierung nicht bereits in ihrer Hochphase endet, sondern in reduzierter Form bis heute weiterläuft. Zum anderen sind Autokratisierungstendenzen auch bereits während der Demokratisierungsphase festzustellen. So verlaufen beide Prozesse – Demokratisierung und Entdemokratisierung – parallel. Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Kapiteln ist die *Perspektive*, die es erlaubt, die jeweiligen Entwicklungen kohärent zu behandeln. Bei den Kapiteln zu den Ursachen von Demokratisierung und der Krise der Demokratien wird die Plausibilität der verschiedenen Erklärungsansätze diskutiert. Auch wenn wir uns am Stand der Forschung orientieren, bleiben etliche Fragen offen. Dies liegt auch an den strittigen Befunden der unterschiedlichen Forschungsansätze. So ist es unser Ziel primär nicht, Zustimmung für bestimmte Interpretationen zu finden, sondern entsprechende Kompetenzen zu vermitteln, Orientierung in diesem umfangreichen Forschungsgebiet zu ermöglichen, um schließlich eigene Urteile treffen zu können.

Wenn solch ein Lehrbuch abgeschlossen ist, dann sind zwar die beiden Autoren für den Text verantwortlich. Doch in das Resultat fließen auch zahlreiche Anre-

gungen ein, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Forschung und Lehre erhalten haben. Zu nennen sind die langjährigen Erfahrungen und Diskussionen in den DVPW-AKs *Interkultureller Demokratievergleich*, *Systemwechsel* und *Demokratieforschung*. Gleichfalls sind die zahlreichen bereichernden Diskussionen anzuführen, die wir in unseren jeweiligen Arbeitskontexten geführt haben. Dank gebührt auch Prof. Martin Sebaldt, an dessen Lehrstuhl der jüngere der beiden Autoren als wissenschaftlicher Mitarbeiter den nötigen Freiraum besaß, um dieses Buchprojekt durchzuführen und abzuschließen.

Danken möchten wir auch dem Nomos-Verlag, speziell in Person von Frau Fabiola Valeri, die uns die reizvolle Chance gab, dieses Lehrbuch zu erstellen. Wir hoffen, wir können dieses Vertrauen rechtfertigen. Dies entscheidet unsere Leserschaft. Wir wollen mit dem Band nicht nur Kenntnisse und Erkenntnisse vermitteln und dabei Orientierung in einem breiten und umfangreichen Forschungsgebiet geben, sondern möchten die hohe Bedeutung der Vergleichende Demokratieforschung aufzeigen. Dies betrifft nicht nur die Forschung, sondern auch die Demokratie, in der wir leben, zu deren Erhalt sich unser Einsatz vielfach lohnt. Vielleicht finden Sie in dem Text auch zu diesem Tun einige Anregungen.

Dezember 2024

Hans-Joachim Lauth (Würzburg) und Simon Bein (Regensburg)

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

Überblick

In diesem Kapitel werden die Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung behandelt. Zentraler Ausgangspunkt ist die Klärung des Verständnisses von Demokratie. Dazu werden die zentralen Dimensionen der Demokratie entfaltet. Ein weiterer Punkt betrifft die Messung der Demokratie. Damit wird die Frage beantwortet, inwieweit ein Land als Demokratie zu bezeichnen ist und wie ausgeprägt die Qualität einer Demokratie ist. Es folgt eine Zuordnung der Vergleichenden Demokratieforschung in den Kontext der Politikwissenschaft, wobei dann Subtypen von Demokratie aufgezeigt werden. Relevante Methoden und Vergleichsdesigns werden skizziert. Mit der Transformationsforschung wird schließlich der Kern der Vergleichenden Demokratieforschung erfasst. Die grundlegenden Begriffe und Konzepte wie diejenigen der Konsolidierung und Resilienz der Demokratie werden diskutiert und definiert.

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

Die Krise der Demokratie ist in den 2020er-Jahren ein globales Thema. Erstaunlich bei dieser öffentlichen Debatte ist, dass damit nicht nur die jungen und oftmals noch zerbrechlichen Demokratien in verschiedenen Weltregionen erfasst werden, sondern bereits seit längerem auch bestehende und etablierte Demokratien. Die USA stehen hier repräsentativ für diese Einschätzung (Levitsky/Ziblatt 2018). Doch nicht nur die real existierenden Demokratien sind in Kritik geraten, sondern das Verständnis von Demokratie selbst. Exemplarisch können hierzu die gegenseitigen Vorwürfe im US-amerikanischen Wahlkampf 2024 betrachtet werden. So beschwören jeweils die Anhänger der beiden Präsidentschaftskandidaten das Ende der Demokratie, sollte der gegnerische Kandidat gewinnen.

Solche Einschätzungen finden sich ebenfalls im Kontext der rechtspopulistischen Trennlinie in zahlreichen europäischen Ländern. Während die rechtspopulistischen Parteien dabei die Gefährdung der Demokratie durch die sogenannten ‘Staatsparteien’ sehen, befürchtet das bürgerliche Parteienspektrum gerade die Schwächung oder gar Abschaffung der bestehenden demokratischen Regierungssysteme. Die konträre Einschätzung ist eng mit dem jeweiligen Demokratieverständnis verbunden, das dabei deutlich divergiert. Der Rechtspopulismus lehnt eine Form *liberaler Demokratie* ab, die auf Universalismus, Repräsentation und staatlich garantierten Minderheitsrechten beruht. Den alarmierten Befunden zur Krise der liberalen Demokratie durch den Populismus erscheint insbesondere die Forderung nach *unmittelbarer* Volkssouveränität unter Berufung auf einen homogenen Volkswillen problematisch (Mudde/Kaltwasser 2019; Lewandowsky 2024; Manow 2024).

So stellt sich daher mit Nachdruck die Frage, was unter Demokratie zu verstehen ist. Wie kommen wir zu einem angemessenen Verständnis von Demokratie? Zunächst ist festzuhalten, dass es nicht die eine und richtige Definition von Demokratie gibt. Unsere Vorstellungen von Demokratie variieren zeit- und ortsabhän-

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

gig (Nolte 2012). So waren beispielsweise die Vorstellungen von Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend auf Männer fokussiert; Frauen spielten keine Rolle. Dies ist heute zurecht undenkbar. Auch innerhalb von Deutschland divergierten die Demokratievorstellungen in der Nachkriegszeit deutlich. Sowohl die BRD als auch die DDR behaupteten die eigentliche Demokratie zu sein; die DDR trug diesen Anspruch sogar in ihrem Namen. Auch China behauptet inzwischen eine bessere Demokratie als die USA zu sein und in Ungarn hat der rechtspopulistische Regierungschef die (illiberale) Demokratie ohne Liberalismus ausgerufen (Neue Zürcher Zeitung 2021). Wie lässt sich in diesen widersprüchlichen Aussagen eine angemessene Vorstellung von Demokratie entwickeln? Der Blick auf die Selbstbehauptungen politischer Akteure hilft hier nicht weiter.

So stellt sich die Frage, ob es Elemente einer Demokratievorstellung gibt, die weitgehend unabhängig von Zeit und Raum sind. Elemente einer gemeinsamen Vorstellung von Demokratie sind umso mehr zu rechtfertigen, je tiefer sie in den allgemeinen Demokratiesträngen verwurzelt sind. Zugleich sollte ein möglichst abstrakter Kern gefunden werden, der somit nur begrenzt kontextabhängig ist.³ Um einen hohen Abstraktionsgrad zu erreichen, ist es ratsam, Demokratie auf der Ebene von grundlegenden Dimensionen zu definieren. Unter Dimensionen werden elementare Normen im Sinne zentraler Koordinaten verstanden, mit denen der Raum der Demokratie zu vermessen wäre. Diese dürfen somit nicht voneinander ableitbar sein und sich nicht überlagern. Als Referenzquelle unserer Definitionsbestimmung dient die über ein Jahrtausend andauernde Debatte über das Verständnis von Demokratie in der politischen Philosophie, wobei wir uns maßgeblich auf die zeitgenössische Literatur beziehen.

Die Literatur zu Demokratie und Demokratietheorie ist nahezu unüberschaubar. Hilfreich zur Ordnung der Debatte sind daher Überblicksbände, die diese strukturieren und konturieren. Im deutschsprachigen Raum ist hier der Band *Demokratietheorien* zu nennen, der von Manfred G. Schmidt (2019a) verfasst wurde und eine ausgezeichnete Einführung in die komplexe Thematik bietet. Das gilt analog für den aus dem Englischen übertragenen Band *Demokratietheorien* von Giovanni Sartori (1992). Andere Beiträge konzentrieren sich noch stärker auf die aktuellen demokratietheoretischen Entwicklungen. Zu nennen sind hier die beiden Bände *Zeitgenössische Demokratietheorien* (Band 1 *Normative* (2014) und Band 2 *Empirische Demokratietheorien* (2016)), die von Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi, and Gary S. Schaal herausgegeben wurden. Im englischsprachigen Bereich ist die Lage noch vielfältiger. Zu erwähnen ist hier die von Terchek und Conte (2001) editierte Zusammenstellung verschiedener Demokratietheorien oder die kritische Einführung in die Demokratietheorie von Cunningham (2002). Aber auch die umfassende, einschlägige Auseinandersetzung mit der Thematik bei Dahl (1989) ist hier zu nennen. In zahlreichen Handbüchern finden wir Einträge zum Thema (wie Blokker 2018). Andere Handbücher widmen sich insgesamt spezifischen Formen wie der deliberativen Demokratie (Bächtiger et al. 2018), der realistischen

3 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Überlegungen in Lauth 2004 (Kap. 2 und 3), die aktualisiert werden.

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

Demokratiethorie (Schmädeke 2022) oder der Verbindung von Demokratie und *sustainability* (Bornemann et al. 2022).

Mit der Nennung der Handbücher und Einführungen sind dabei nicht die maßgeblichen Autor:innen genannt, die seit der Antike die Debatte bereichern. Hier ist nicht der Ort, diesen Ideenkosmos vorzustellen. Die für uns maßgeblichen Autor:innen werden im Laufe des Bandes sichtbar. Aber wir können größere Traditionslinien aufgreifen. Zu unterscheiden sind *normative* und *deskriptiv-empirische* Demokratietheorien. Während der erste Strang die normativen Grundlagen einer Demokratie zu identifizieren und rechtfertigen sucht, ist der andere Strang eher pragmatisch ausgerichtet und möchte zentrale Demokratiemerkmale benennen, die für die empirische Demokratieforschung geeignet sind. Obwohl damit zumindest implizit eine Beziehung mit dem ersten Strang besteht, bleibt ein Austausch zwischen beiden Strängen (lange Zeit) Mangelware. Einige der ersten Versuche, die Kommunikation zwischen ihnen zu verbessern, bilden die Editionen von Held (1987) sowie Marcus und Hanson (1993), später finden wir O'Donnell (2004), verschiedene weitere Zusammenstellungen (Kaiser/Zittel 2004; Kost et al. 2020) und den bereits genannten Band von Schmidt (2019a). Die bislang wohl bekannteste Verbindung beider Aspekte bilden die vielfältigen Forschungsarbeiten von Robert A. Dahl, die sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene in vielfacher Weise Standards gesetzt haben (Dahl 1971; 1976; 1989; 1997).

Auch wenn die Grenzen zuweilen fließend sind, so lassen sich umfangreiche und komplexe Demokratievorstellungen vor allem im Bereich der normativen Traditionen verorten. Schlanke Demokratiedefinitionen – wie von Schumpeter (1942) – treffen wir dagegen eher in der empirischen Demokratieforschung an.

Eine weitere Unterscheidung der Traditionslinien führt uns zum Disput zwischen *prozeduralen* und *substantiellen* Demokratiekonzeptionen (Morlino 2003; Przeworski 2024). In unserem Verständnis von Demokratie beziehen wir uns auf prozedurale Konzeptionen. Substantielle Versionen, nach denen die Demokratie anhand der mit ihr verbundenen Leistungen definiert wird, erachten wir als nicht geeignet. Dies gilt sowohl für die Bestimmung eines Gemeinwohls *a priori* als auch *a posteriori* (Fraenkel 1964).

In sogenannten Volksdemokratien erfolgt solch eine Zielbestimmung *a priori* unabhängig von den demokratischen Verfahren mittels einer normativ begründeten Definition des Allgemeinwillens. Sie geht davon aus, dass sich die zentralen ‚realen‘ Präferenzen der Bürger widerspruchsfrei in einer Idee des Gemeinwohls (im Sinne einer *volonté générale*) bündeln lassen, dessen Umsetzung dann den Grad der Responsivität anzeigt. Doch bereits die Schwierigkeiten in der Bestimmung des Allgemeinwillens verdeutlichen die Probleme eines solchen Unterfangens.⁴

4 Solche Positionen fallen hinter den Erkenntnisstand der Aufklärung zurück, in der bereits die Bedeutung von Verfahren unterstrichen wird. In ihrer Studie zur Aufklärung der Demokratietheorie betont Ingeborg Maus (1994: 274f.), dass „Kants (und jedes aufklärerische) Verständnis von Allgemeinheit und Gemeinwohl nur noch ein *prozedurales* sein kann: Die Allgemeinheit materieller Interessen existiert nicht *a priori*, sondern kann nur in Verfahren erarbeitet werden, deren abstrakte und interessenferne Struktur ihrerseits auf Allgemeinheit hin angelegt ist.“ In Verbindung mit dem Prinzip der Volkssouveränität lässt sich auf dieser Basis nur ein prozedurales Verständnis von Demokratie entwickeln.

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

Eine Durchsicht der verschiedenen Demokratietheorien des 20sten Jahrhunderts erbringt nicht nur eine große Skepsis hinsichtlich der Bestimmbarkeit des Gemeinwohls, sondern zugleich eine beträchtliche Divergenz bezüglich möglicher gewünschter *Output*-Leistungen (Scharpf 1970: 14 f., 21 ff.).⁵ Wegen der Vielfalt der zugrunde liegenden normativen Prämissen vermag ein solcher Befund nicht zu verwundern.

Aus dieser Sicht folgt konsequenterweise, dass sich substantielle Fassungen von Demokratie, die den Grad einer Demokratie neben politischen Partizipationsmöglichkeiten gleichfalls oder sogar hauptsächlich an der Regierungsleistung oder generell an der Systemperformanz messen wollen, als äußerst problematisch erweisen. Mit der Vorstellung, ‚Demokratie‘ nur über das Ergebnis, die *Output*-Leistung und nicht über politische Partizipation zu definieren, werden zentrale Grundlagen der Demokratie verletzt. Die Entscheidungsträger beanspruchen hier nicht nur ein Erkenntnismonopol, sondern degradieren den Bürger zum Objekt, der der paternalistischen Aufsicht des Staates untersteht. Die dann oftmals noch fehlende vertikale und horizontale *accountability* untermauert den autokratischen Charakter solcher Regime. Ein weiterer Argumentationsstrang zur Krise der Demokratie sieht genau in einer solchen Verschiebung von der *Input*- zur *Output*-Legitimation die Gefahr einer postdemokratischen Aushöhlung demokratischer Prinzipien und Verfahren (Crouch 2015).

Aber auch die Gemeinwohlbestimmung der Demokratie *a posteriori* stößt an Grenzen. Eine Annäherung an das Gemeinwohl wird durch Verfahren angestrebt, um eine möglichst hohe Responsivität zu erzielen. Abgesehen von verfahrensimmanenten Grenzen – wie beispielsweise individuell sehr spezifischen Präferenzen, die sich kaum in den Paketangeboten von Parteien wiederfinden oder sich widersprechende Präferenzen in der Wählerschaft – sprechen zwei weitere Gründe gegen dieses umfassende *Responsivitätspostulat*, das unter anderem von Dahl (1971) stark gemacht wird. Zum einen können normative Bedenken angebracht werden, denn demnach kann die Mehrheit in einer Demokratie Präferenzen verfolgen, die Minderheitenrechte eliminiert. Zum anderen kann sich innerhalb einer Wahlperiode die politische, wirtschaftliche oder epidemische Situation stark ändern, so dass ein Verfolgen der ursprünglichen Ziele kontraproduktiv wäre. Während im ersten Fall normative Gründe gegen strikt responsives Handeln der Regierung sprechen, sind es im zweiten Fall pragmatische Plausibilitätserwägungen. In beiden Fällen folgt dann die Regierung dem normativ verankerten *Prinzip der Verantwortlichkeit*, um Schaden abzuwenden (Lauth 2013).

Allerdings ist dafür auch ein gewisser Vertrauensvorsprung seitens der Bürger:innen notwendig, um das Prinzip der Responsivität und die Notwendigkeit von politischen Handlungsspielräumen auszubalancieren (Almond/Verba 1963, Kap. 15). Neben den bereits genannten Gründen verbürgt die Einlösung der Responsivität nicht bereits die Vernünftigkeit von Entscheidungen, wenngleich die

⁵ Deutlich formuliert Huntington seine Ablehnung einer substantiellen Fassung in seiner Diskussion des *desecanto* – der Ernüchterung mit den ersten Ergebnissen der Demokratie: „Democracy does not mean that problems will be solved; it does mean that rulers can be removed“ (1991: 262 f.).

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

Eingebundenheit von Entscheidungen in demokratische Verfahren und öffentliche Diskussionen deren Effektivität und Rationalität steigern können. Wenn auch Demokratien natürlich unvernünftige Lösungen produzieren können, so eignet sich die Beurteilung der (sozioökonomischen) Performanz nicht als Kriterium der Regimeklassifizierung.

Als Ergebnis dieser knappen Überlegungen lässt sich festhalten: Weder die Realisierung a priori festgelegter Inhalte noch die *unreflektierte* Rückbindung an den Wählerwunsch als Ausgangspunkt einer a posteriori Bestimmung des Gemeinwohls kann ein entscheidendes Kriterium der Demokratiebestimmung sein. Die Performanzbetrachtung verweist auch auf Grenzen der Demokratie. Diese gewährleistet noch nicht per se eine sozial gerechte und wirtschaftlich prosperierende und ökologisch abgefederte Entwicklung. Aber sie bietet mittels ihrer Verfahren bessere Möglichkeiten als autoritäre Regime, *reflektiert* die Präferenzen der Bürger zur Grundlage der Politik zu machen. Ob soziale Gerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung verwirklicht wird, ist kein Ausdruck für die Qualität einer Demokratie, sondern beruht auf den geäußerten Präferenzen der Wählerschaft und deren Transformation in bindende politische Entscheidungen.

Allerdings kann die Beachtung demokratischer Entscheidungen in einem negativen Sinne einbezogen werden. Dies entspricht im Unterschied zur Betrachtung der systemischen Performanz expliziten Kriterien demokratischer Performanz (Fuchs 1998). So sind keine inhaltlichen Entscheidungen akzeptabel, die die Grundlagen der Demokratie selbst eliminieren. Dazu zählt der Schutz individueller Grundrechte und kollektiver Minderheitsrechte im Sinne des Betroffenenprinzips: Von der Entscheidung maßgeblich Betroffene sollten die Möglichkeit haben, an der Entscheidungsfindung mitzuwirken. Auch müssen gewisse soziale Mindeststandards beachtet werden, um für alle eine Teilnahme am demokratischen Prozess zu ermöglichen.⁶ Hieran schließen sich Überlegungen zur sozialen Demokratie an, die in unterschiedlicher Weise weiterentwickelt wurden.

2.1.1 Drei Dimensionen der Demokratie

Die Suche nach dem Kernkonzept der Demokratie erfolgt somit im Bereich der prozeduralen Demokratien. Welche Dimensionen sind nun konstitutiv für eine Demokratie? Gefragt sind solche Dimensionen, die auf abstrakter Ebene notwendig für ein angemessenes Verständnis von Demokratie sind. Diese sollten sowohl in komplexen als auch in schlanken Demokratiekonzepten enthalten sein. Nicht einbezogen werden Dimensionen, die nur für bestimmte Demokratietraditionen stehen und ein zu anspruchsvolles Verständnis von Demokratie darstellen oder zu einem *conceptual stretching* führen. Ein solches liegt beispielsweise vor, wenn Demokratie nicht nur als Organisationsprinzip des politischen Systems verstanden wird, sondern auch für andere gesellschaftliche Subsysteme (Bildung, Kultur) oder für die Wirtschaft als konstitutiv begriffen wird.

⁶ Entsprechend formuliert O'Donnell (2004: 42): „This social (or, if you wish, collective) side of rights is the complement of political rights: both sides of the coin are necessary conditions for the existence of a democratic regime“.

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

Es ist naheliegend, dass wir an dieser Stelle nicht die umfangreiche Analyse und Argumentation durchführen können und verweisen auf entsprechende Studien (Lauth 2004; Bein 2023). Aber wir können anhand eines simplen Beispiels demonstrieren, welche Dimensionen bereits in einer einfachen Demokratievorstellung enthalten sind. Nehmen wir die gängige Vorstellung, dass Demokratie auf freien und gleichen Wahlen beruht. Dann finden wir bereits hier die Dimensionen der *Freiheit* und *Gleichheit*. Zugleich haben Wahlen einen zeitlich befristeten Charakter, was auf die Begrenzung und *Kontrolle* politischer Macht hinweist. Diese drei Dimensionen finden sich als abstrakte Kernideen in allen gängigen prozeduralen Demokratiekonzeptionen. Sie erfordern jedoch eine weitere Präzisierung, um dann konkrete empirisch messbare Merkmale damit zu verbinden.

Eine vertiefte Auswertung der Demokratiediskussion erbringt eine weitere Konkretisierung: Die drei Dimensionen *politische Gleichheit*, *politische Freiheit* sowie *rechtsstaatliche und politische Kontrolle* sind konstitutive Merkmale von Demokratie und zusammen notwendig und hinreichend für ihre Definition. Ihren Ausdruck finden sie in der auf ihnen beruhenden Partizipation des Demos. Eine demokratische Herrschaftsform umfasst die Wahl der Regierung und Mandatsträger und die direkte Beteiligung an Entscheidungen sowie die kontinuierliche politische Partizipation von individuellen und kollektiven Akteuren, die das Regierungshandeln beeinflussen und kontrollieren.

Eine weitergehende Diskussion des Rechtsstaats macht darauf aufmerksam, dass dieser nicht nur relevant für die Bestimmung der Kontrolldimension ist, sondern auch wesentlich für die Präzisierung der Freiheits- und Gleichheitsdimension. Die Möglichkeit einer demokratischen effektiven Regierung setzt die Existenz eines Rechtsstaats voraus, der zugleich die Freiheits- und Gleichheitsrechte garantiert. Die Frage nach der demokratischen Form von politischer Partizipation findet mit ihrer Zuordnung zu Freiheit, Gleichheit und Kontrolle ihre grundsätzliche Strukturierung.

Das parallele Vorhandensein der drei Dimensionen bedeutet nun nicht, dass alle gleichzeitig möglichst stark ausgeprägt sein können, denn sie stehen in einem Spannungsverhältnis beziehungsweise in einer *Trade-Off*-Beziehung. Je stärker eine Dimension ausgeprägt ist, desto schwächer sind die anderen Dimensionen vorhanden (Lauth 2016). Dies lässt sich an einem Beispiel illustrieren. Um eine Wahl möglichst frei zu gestalten, sollten alle Kandidaturen möglich sein. Dies führt in der Regel dazu, dass schwächere oder benachteiligte Gruppen geringer repräsentiert werden. Dies reduziert somit die Gleichheit. Sollte diese gestärkt werden, können Quoren oder Quoten für bestimmte Gruppen aufgestellt werden. Damit werden wiederum Freiheitsgrade begrenzt. Die Diskussion lässt sich problemlos auf das Verhältnis aller drei Dimensionen erweitern. Eine ‚optimale‘ oder ‚perfekte‘ Demokratie kann prinzipiell nicht auf der umfassenden Verwirklichung aller drei Dimensionen beruhen, sondern findet ihren Ausdruck in einer angemessenen graduellen Umsetzung, die eine ausgewogene Balance zwischen ihnen bewahrt. Sowohl deren deutliche Unter- als auch Überschreitung sind problematisch (Sebaldt 2015).

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

Hidalgo (2014) hat in einer umfassenden Studie zahlreiche weitere solcher Antinomien der Demokratie herausgearbeitet, die jenseits des Spannungsverhältnisses der drei hier genannten Dimensionen die Debatte um die Demokratie von Beginn an prägen. Als Antinomien werden dabei Gegensatzpaare genannt, deren Pole jeweils für sich genommen Bestandteil von Demokratie sein können, aber mit einem ebenso als demokratisch geltenden Gegenstück in einem unauflösbaren Widerspruch stehen. Beispielhaft kann die Antinomie zwischen Universalismus und Partikularismus genannt werden: Auf der einen Seite sollen demokratische Grundrechte wie Freiheit universell sein – also für jeden gelten – und auf der anderen Seite sind demokratische Ordnungen exklusive Gebilde, deren Rechte nun mal an gewisse Zugehörigkeitsbedingungen wie Staatsbürgerschaft geknüpft sind.

Letztlich ist die Bestimmung der Balance Ausdruck einer andauernden gesellschaftlichen Auseinandersetzung und muss historisch kontingent bleiben. In der Suche nach der Balance der drei Dimensionen gerät die Demokratie beziehungsweise geraten die Bürger:innen in die schier paradoxe Situation, sich als Spieler stets neu über die Spielregeln verständigen zu müssen, ohne dabei das Spiel aufzugeben. Der einzige Ausweg besteht darin, dass die bisherigen Lösungen auf der Ebene der grundlegenden Spielregeln nicht mehr generell zur Disposition gestellt werden.⁷

Die drei Dimensionen bilden dann eine nicht mehr zu hintergehende kategoriale Orientierung, deren Ausgestaltung und Austarieren jedoch stets auf das Neue erfolgt. Die mit diesem Ansatz verfolgte Offenheit markiert nicht eine Schwäche der Demokratie, sondern skizziert das ihr innewohnende Entwicklungs- und Problemlösungspotential und offenbart den Charakter der Demokratie als *Boundary*-Konzept, in dem die Grenzen der drei Dimensionen und somit die Grenzen von verfügbarem und zu wahrendem Normbestand stets auf das Neue zu bestimmen und zu verhandeln sind, ohne die Identität dabei aufzugeben (Lauth 2004; Hidalgo 2020).

Definition | Demokratie

Die bisherigen Überlegungen führen zu folgender prozeduraler Definition von Demokratie: Demokratie ist eine rechtsstaatliche Herrschaftsform, die eine Selbstbestimmung für alle Staatsbürger:innen im Sinne der Volkssouveränität ermöglicht, indem sie die maßgebliche Beteiligung von jenen an der Besetzung der politischen Entscheidungspositionen und/oder an der Entscheidung selbst in freien, kompetitiven und fairen Verfahren (z. B. Wahlen) und die Chancen einer kontinuierlichen Einflussnahme auf den politischen Prozess sichert und generell eine Kontrolle der politischen Herrschaft garantiert (Lauth 2004: 100). Demokratische Partizipation an der politischen Herrschaft findet damit ihren Ausdruck in den Dimensionen der politischen Freiheit, der politischen Gleichheit und der politischen und rechtlichen Kontrolle.

⁷ Diese Überlegungen schließen an die Ideen Ernst Fraenkels (1964) zum non-kontroversen Sektor im Rahmen seiner pluralistischen Demokratietheorie an.

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

Der Definitionsvorschlag beinhaltet zwei Aspekte, die wir unterstreichen möchten. *Zum einen* ist Demokratie keine unbegrenzte Volksherrschaft.⁸ Sie stößt stets an ihre Grenzen, wo ihre Grundlagen und die damit verbundenen individuellen Rechte mit Mehrheitsbeschlüssen zur Disposition gestellt werden. Entsprechend ist ihre rechtsstaatliche Einhegung, die zugleich ihr normatives Fundament bildet, notwendig. Diese Position unterscheidet sich von populistischen Vorstellungen von Demokratie, die eine unbegrenzte Volksherrschaft anstreben und somit den Abbau von rechtlichen Kontrollen und Grenzen anstreben. *Zum anderen* beschränkt sich die Demokratie nicht nur auf den Wahltag. Sie lebt von dem ständigen Austausch von Interessen, der auf verschiedenen Wegen stattfinden kann. Vor allem die Kontrolle der politischen Macht ist dabei eine kontinuierliche Aufgabe, die von politischen und zivilgesellschaftlichen sowie rechtlichen Akteuren ausgeführt wird.

Bislang haben wir noch nicht über die *institutionellen Ausformungen* der Demokratie gesprochen, obwohl dazu gleichfalls umfangreiche Literatur vorliegt und wichtige Auseinandersetzungen – wie zwischen Vorstellungen direkter und repräsentativer Demokratie – stattfinden. Diese Zurückhaltung beruht auf unserem Ziel, zunächst den abstrakten Kern der Demokratie zu bestimmen. Institutionelle Ausprägungen sind stets eine Konkretisierung dieses Kerns und stärker raum- und zeitbedingt. Wir treffen in der Forschung auf eine große Vielzahl unterschiedlicher Vorstellungen, die sich im Laufe der Zeit und je nach Region unterschiedlich entwickelt und verfestigt haben beziehungsweise sich verändern.

Unserer Auffassung nach ist es somit nicht nur schwieriger, sondern nicht angemessen, eine universell anwendbare Definition von Demokratie auf dieser institutionellen Ebene anzusiedeln. Es gibt hier nicht die eine ‚richtige‘ institutionelle Form der Demokratie. Vielmehr können die drei Dimensionen der Demokratie auf unterschiedliche Weise institutionell realisiert werden (→ Tab. 1). Wir sprechen hier von funktionalen Äquivalenten. Diese Offenheit des institutionellen Settings ermöglicht zugleich eine Anpassung an unterschiedliche kulturelle Kontexte und verwahrt sich gegen den Vorwurf des Eurozentrismus. Diese Offenheit bedeutet jedoch nicht, dass bestimmte Verfahren, wie maßgeblich Wahlen, zur Disposition gestellt werden, sondern verweist darauf, dass es unterschiedliche Formen von Wahlen und Abstimmungen gibt, die realisiert werden können. Wichtig ist ‚lediglich‘, dass sie den grundlegenden Kriterien von politischer Freiheit und Gleichheit sowie Kontrolle folgen.

Diese Abstinenz in der Festlegung auf bestimmte institutionelle Ausprägungen bedeutet nicht, dass keine institutionellen Ebenen bestimmbar sind, die anhand grundlegender Funktionen der Demokratie vorhanden sein müssen und in den genannten drei Dimensionen ihren Ausdruck finden (zu spezifischen institutionellen Arrangements im Kontext der Transformation → Kap. 3). Fünf institutionelle

8 Auf eine klare Grenze macht Wolfgang Merkel aufmerksam, indem er John Stuart Mills Verbot der Selbstversklavung mit Blick auf die Demokratie reformuliert: „If the citizens of a democracy decide to give up their democratic rights, they thereby renounce democracy and remove themselves from any future use of it except this final one. ... The principle of democracy cannot require that citizens have the right to rid themselves of democracy“ (1999: 14).

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

Ebenen werden für eine Demokratie als unabdingbar erachtet: Entscheidungsverfahren, intermediäre Vermittlung, Kommunikation und Öffentlichkeit, Rechtsgarantie und Regelsetzung sowie -anwendung.

Wissen | Die fünf Institutionen der Demokratie

- Die erste Ebene bilden die partizipativen Entscheidungsverfahren, die sich maßgeblich in der Qualität von Wahlen ausdrücken sowie Formen der direkten Demokratie einschließen.
- Die zweite Ebene betrifft die intermediäre Vermittlung. Angesprochen ist die Qualität von Parteien, Interessenorganisationen und Zivilgesellschaft. Ohne die Bündelung von Interessen können keine demokratischen Prozesse organisiert werden.
- Die dritte Ebene wird durch Kommunikation und Öffentlichkeit konstituiert. Die Institution der Öffentlichkeit ist in der Gestaltung der vielfältigen Medien als das zentrale Forum der Meinungs- und Willensbildung anzusehen.
- Die vierte Ebene erfasst die Rechtsgarantie. Diese ist eine reflexive Institution, da mit ihr die Garantie der anderen Institutionen und der ihnen zugrunde liegenden Rechte verbunden ist. Die prägende Idee dieser Institution ist die Kontrolle des Regierungshandelns und -entscheidens mittels des rechtsstaatlichen Gerichtsweges durch einzelne Bürger:innen oder Organisationen.
- Die fünfte Ebene behandelt Regelsetzung und -anwendung. Zu beachten ist sowohl die Qualität der effektiven Regierungsgewalt als auch die horizontale *accountability*, die im politischen System liegt (z. B. Parlament, Ombudsmann, Rechnungshöfe).

Diese fünf institutionellen Ebenen, die aus der abstrakten Demokratiedefinition abgeleitet sind, bieten einen Orientierungsrahmen für die weitere Konkretisierung institutioneller Formen. Diese finden ihren Ausdruck im Design von Regierungssystemen. Demokratie ist hingegen als Regimetypus zu verstehen, der maßgeblich über den Zugang zur Macht und deren Legitimation verstanden wird. Den entgegengesetzten Regimetypus bildet die Autokratie, die sich wiederum in autoritäre und totalitäre Regimetypen unterscheiden lässt (Linz 1975).

Tab. 1: Regimetypen in grundlegenden Dimensionen. Quelle: eigene Darstellung

Kategorie	Totalitäres Regime	Autoritäres Regime	Demokratisches Regime
Politische Freiheit	Nicht gegeben	Partiell gegeben	Gegeben
Politische Gleichheit	Nicht gegeben	Partiell gegeben	Gegeben
Politische und rechtliche Kontrolle	Nicht gegeben	Partiell gegeben	Gegeben

2.1.2 Messung der Demokratie

Lässt sich Demokratie messen? Diese Aufgabe stellt sich beim Vergleich von Demokratie in zweierlei Hinsicht und ist ebenfalls fester Bestandteil der Subdisziplin der Vergleichenden Demokratieforschung. Denn zum einen gilt es zu wissen, wel-

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

che politischen Systeme als Demokratien und welche als Autokratien zu verstehen sind. Dies ist maßgeblich eine typologische Fragestellung, doch erfordert bereits dies ein methodisches Instrumentarium, um die empirischen Befunde angemessen klassifizieren zu können. Diese Aufgabe markiert den Beginn der Demokratiemessung, die später um einen weiteren Aspekt erweitert wurde, dem der Bestimmung der graduellen Qualität der Demokratie. Diese Aufgabe bedarf noch größerer Anstrengungen als die typologische Zuordnung. Allein die Frage „War die Bundesrepublik in den 1950er-Jahren mehr oder weniger demokratisch als heute?“ verweist auf die Komplexität des Unterfangens.

Die empirische Demokratiemessung versucht die Qualität von Demokratien anhand von Indikatoren qualitativ oder quantitativ darzustellen. Es existiert dabei eine Vielzahl von Indizes, denen jeweils unterschiedliche Demokratiemodelle zugrunde liegen (Operationalisierung). Außerdem unterscheiden sich Demokratiemessungen hinsichtlich der Datengrundlage und auch der Datenverfügbarkeit (Lauth 2004; Pickel/Pickel 2006; Bein 2018).

Wissen | Robert Dahl's Polyarchy

Robert Dahl, einer der maßgeblichen Demokratieforscher des 20. Jahrhunderts, prägte mit seinem Polyarchy-Konzept die liberal-prozeduralistische Demokratietheorie (Schmidt 2019a: 204). Dahl verwendet den Begriff der Polyarchy im Unterschied zur Demokratie, um zu verdeutlichen, dass Demokratie ein unerreichbares Ideal darstelle und sich realtypische Polyarchien lediglich in unterschiedlichem Maße daran annähern. Die beiden Schlüsselkriterien der Polyarchy sind Partizipation (*participation*) und Wettbewerb (*contestation*).

Die Polyarchy kann nach Dahl (1989: 220 ff.) diese zwei Kriterien über sieben zentrale Institutionen umsetzen: gewählte Amtsinhaber, freie und faire Wahlen, inklusives aktives und passives Wahlrecht für alle Staatsbürger:innen, freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit und Organisations- sowie Koalitionsfreiheit zur Bildung politischer Vereinigungen wie Parteien. Dahls originale Polyarchy-Studie legt auch erstmals konkrete Indikatoren für die Demokratiemessung vor, die er selbst in einem Datensatz von 114 Staaten vergleichend anwendet (Schmidt 2019a: 205). Für den Zeitpunkt Ende der 1960er-Jahre kann er so 26 Staaten identifizieren, die als Polyarchy klassifiziert werden können.

Ausgangspunkt vieler folgender Demokratiemessungen ist das Polyarchy-Modell von Dahl (1971) mit den beiden grundlegenden Dimensionen *participation* und *contestation*.⁹ Während diese Kategorien, die sich den oben genannten Dimensionen von Gleichheit und Freiheit zuordnen lassen, auf größere Resonanz stießen und beispielsweise die Grundlage der Demokratiemessung von Vanhanen (1984) bildeten, galt dies weniger für das empirische Vorgehen, zumal nur eine Messung durchgeführt wurde. In der komparativen Forschung hat das Polity-Projekt aufgrund seines umfassenden Datensatzes längere Zeit besondere Aufmerksamkeit erfahren.¹⁰

⁹ Zu den ersten Jahrzehnten der Forschungsentwicklung der Demokratiemessung vgl. die Sammelbände von Inkeles 1991, Beetham 1994, Lauth et al. 2000 sowie die Monographie von Lauth 2004.

¹⁰ Zur Website des Polity-Projektes: <http://www.systemicpeace.org/inscrdata.html>.

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

Das Polity-Projekt unter der Leitung von Monty G. Marshall misst zunächst auf zwei getrennten Skalen den Demokratie- und den Autokratiegehalt einer politischen Ordnung. Berücksichtigt werden jeweils Indikatoren zu Partizipation und Wettbewerb, der Machtbegrenzung der Exekutive sowie der Garantie bürgerlicher Freiheiten (Pickel/Pickel 2006: 185). Es wird also die Institutionalisierung von Demokratie gemessen, wobei der Demokratiebegriff auf den zwei Grunddimensionen der Polyarchy nach Robert Dahl aufbaut (Partizipation und Wettbewerb) und um den Aspekt der Gewaltenteilung ergänzt wird. Die Datenbasis sind subjektive Einschätzungen der Forscher:innen selbst. Die bis heute reichenden jährlichen Messungen umfassen mehr als 150 historische und noch bestehende Regime seit 1800. Die dortige Regimemessung beruft sich auf jeweils zehn Kriterien für Demokratie bzw. Autokratie und setzte entsprechende Schwellenwerte.

Der finnische Politikwissenschaftler Tatu Vanhanen hat ebenfalls eine einschlägige Demokratiekonzeption vorgeschlagen (Vanhanen 1990; 1997). Auch der Demokratieindex (ID) nach Vanhanen basiert auf Dahls Polyarchy-Dimensionen Wettbewerb und Partizipation und kann als „schlanke“ (Schmidt 2019a: 290) Demokratie-messung eingestuft werden. Die Operationalisierung erfolgt recht „spartanisch“ (Pickel/Pickel 2006: 194): Wettbewerb wird durch den Stimmenanteil der stärksten Partei (von 100 subtrahiert), Partizipation durch die anteilige Wahlbeteiligung an der Gesamtbevölkerung gemessen. Der Indexwert berechnet sich durch die Formel $ID = (Partizipation * Wettbewerb) / 100$. Im Unterschied zur Polity-Messung liegen diesem Index also erstens objektive Daten¹¹ zugrunde, zweitens steht nicht die Institutionalisierung der Demokratie im Vordergrund, sondern die faktische Ausprägung von Partizipation und Wettbewerb, wobei allerdings der Grad der Freiheit und Gleichheit nicht berücksichtigt werden (Lauth 2004: 247 ff.). Pickel und Pickel (2006: 198) bringen diese Ausblendung institutioneller Rahmenbedingungen von Wahlen und Partizipation als einen wichtigen Kritikpunkt an diesem Messvorschlag an. Zudem haben seine Messungen einen starken *bias* zugunsten Staaten mit einer hohen Altersstruktur und einem Mehrparteiensystem. So vermerkt Vanhanen (1997: 37) selbstkritisch zu den Grenzen seiner Messungen:

"They may be better suited to measure rough differences between democracies and non democracies than the variation in the degree of democracy at higher levels of democracy, or the variation in the degree of autocracy between non democracies. My indicators are not able to differentiate between relatively mild autocracies and harsh military or personal dictatorships."

Ein weiteres, verbreitetes Instrument der Demokratiemessung bietet Freedom House (FH).¹² Es misst jedoch nicht explizit die Qualität der Demokratie, sondern den Grad politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten anhand von zwei Checklisten zu *Political Rights* (PR) und *Civil Liberties* (CL). Die PR-Skala fand

11 Notwendig ist allerdings dabei zuvor eine subjektive Gewichtung der Bedeutung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Konzeptionalisierung der Messung.

12 Zur Website von Freedom House: <https://freedomhouse.org/>.

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

allerdings des Öfteren analog zu einer Demokratiemessung Verwendung. „Der Bezug auf die Freiheitsrechte erfasst aber zentrale Kriterien der Demokratie, was die Verwendung des Freedom House-Index als Messinstrument für Demokratiequalität doch rechtfertigt“ (Pickel/Pickel 2006: 209).

Grundlage der Messung sind Experteneinschätzungen zu den einzelnen Ländern. Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten werden mittels zahlreicher Unterindikatoren operationalisiert, wie bei den politischen Rechten die Qualität der Wahlen oder die Garantie von Versammlungsfreiheit oder bei den bürgerlichen Freiheiten die Rechtsstaatlichkeit und individuelle Eigentumsrechte. Die Messung überzeugt durch seine gute Datenverfügbarkeit, lange Zeitreihen seit 1973 und eine nachvollziehbare Skalierung, ist allerdings insgesamt ebenfalls nicht ohne Probleme (Pickel/Pickel 2006: 218 ff.). Als Schwäche nennt Schmidt unter anderem die fehlende Berücksichtigung von Freiheitseinschränkungen durch die Abhängigkeit in inter- und supranationalen Organisationen, die unklare Operationalisierung einiger Begriffe und intransparente Verfahren der Aggregation und Gewichtung, wenngleich stetige Anpassungen die Qualität seit Beginn des Projektes deutlich erhöht haben (Schmidt 2019a: 295 f.).

Ein umfassendes und komplexes Demokratiekonzept kennzeichnet den Democratic Audit (Beetham et al. 2002). Er diente bislang als theoretische und methodische Grundlage für etliche Fallstudien wie zu Großbritannien und Österreich. Für den komparativen Gebrauch ist er nur bedingt geeignet. Zum einen neigt sein Demokratieverständnis zum *conceptual stretching* und zum anderen variieren die konkreten Messanlagen der Studien, da die einzelnen Fallstudien den Maßstab der Messung verändern können. Eine Besonderheit dieses Ansatzes besteht in seiner politischen Ausrichtung. Auch durch den Einbezug von politischen Stakeholdern in die Feldforschung sollte die jeweilige Demokratie verbessert werden.¹³

Der Democracy Index (DI) ist eines der jüngeren Instrumente, die zur Regimemessung vorgelegt wurden. Verantwortlich zeigt sich die Economist Intelligence Unit (EIU).¹⁴ Eine weitere Möglichkeit, quantitative Angaben zur Bestimmung der Qualität einer Demokratie zu verwenden, bietet der im zweijährlichen Rhythmus erscheinende Bertelsmann-Transformations-Index (BTI),¹⁵ dessen Daten jedoch auf ‚Transformationsländer‘ begrenzt sind. Etablierte Demokratien werden im Sustainable Governance Index (SGI) im Hinblick auf ihre *Governance*-Leistung bewertet.

Das Projekt Varieties of Democracy (V-Dem) stellt inzwischen den größten Datensatz zur Messung von Demokratie dar und wird zunehmend auch von anderen Forschern als Grundlage genommen. Die Daten werden jährlich aktualisiert, bieten über 400 Schlüsselindikatoren zur Bestimmung der Qualität der Demokratie

13 Ein ähnliches Vorhaben kennzeichnet die Messung oder Analyse der Qualität der Demokratie (O'Donnell et al. 2004), bei dem die Untersuchung nicht nur das Wahlregime umfassend einschließt, sondern auch die rechtliche und administrative Einbettung der politischen und bürgerlichen Rechte. Zudem wird auf die soziale Bedingtheit dieser Rechte verwiesen, um eine Staatsbürgerschaft niedriger Qualität zu vermeiden.

14 Zur Website des Economist Intelligence Unit: <http://www.eiu.com/public/>.

15 Zur Website des Bertelsmann-Transformations-Index: <https://www.bti-project.org/de/> sowie <https://bti-project.org/de/index/politische-transformation>.

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

für den Zeitraum von 1900 bis heute und erfassen rund 180 Länder.¹⁶ V-Dem verzichtet auf eine eigene Demokratiedefinition und offeriert verschiedene Modelle, die jeweils einen Index abbilden, die verschiedene Demokratieverständnisse getrennt messen. Die Idee bei diesem Projekt ist es, die Mehrdimensionalität des Demokratiebegriffes zu operationalisieren. Durch über 350 Indikatoren, basierend auf den Einschätzungen von über 3000 Länderexpert:innen, beansprucht das Projekt eine umfassende, mehrdimensionale Datengrundlage zur weltweiten Messung von Demokratie: „Thus, while most indices focus only on democracy’s electoral and liberal elements, V-Dem seeks to measure a broader range of attributes associated with the concept of democracy“ (Lindberg et al. 2014: 161).

Zentrale Grundlage der Indexbildung ist der *electoral democracy index*, der jeweils mit verschiedenen Komponenten erweitert wird (*deliberative component*, *participatory component*, *egalitarian component*, *liberal component*). Die *deliberative* Komponente fußt auf dem Ausmaß der öffentlichen Rechtfertigung und Gemeinwohlorientierung politischer Entscheidungen. Bei der *egalitären* Demokratie steht die gleiche Implementierung von Freiheitsrechten, der gleiche Zugang zu politischer Macht und die Verteilung von Ressourcen im Mittelpunkt. Schlussendlich legt die *partizipative* Demokratie das Augenmerk auf die Teilhabe, nicht nur im Sinne von Wahlbeteiligung, sondern auch der Einbindung organisierter Interessen und direktdemokratischer Verfahren (Coppedge et al. 2016: 582 f.). Das *liberale Demokratiemodell* wird durch die Kombination aus elektoraler Demokratie und Elementen der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung gemessen. Die letztgenannte Erweiterung bildet den *Liberal Democracy Index*, der das Wahlsystem und die rechtsstaatliche Verankerung verbindet. Dieser Index wird in zahlreichen empirischen Studien verwendet. Auf den eigenen Typologisierungen aufbauend entwickelt V-Dem den Regimes of the World Datensatz (RoW), der vier Typen von politischen Regimen unterscheidet: *closed autocracies*, *electoral autocracies*, *electoral democracies* und *liberal democracies* (Lührmann et al. 2018).

Die Demokratiematrix (DeMaX), welche ausgewählte Daten von V-Dem verwendet, basiert wiederum auf einer Demokratiedefinition mit drei zentralen Dimensionen (politische Freiheit, politische Gleichheit sowie politische und rechtliche Kontrolle) und fünf zentralen Institutionen (Wahlen, Parteien und Zivilgesellschaft, Medien, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung/*horizontal accountability* innerhalb des politischen Systems).¹⁷ Jede dieser Institutionen wird für eine umfassende Abbildung der Demokratie mit den drei Dimensionen kombiniert, woraus sich eine 15-Felder-Matrix der Demokratie ergibt (siehe auch Pickel/Pickel 2006: 239 f.). Aus zahlreichen Einzelindikatoren des V-Dem-Datensatzes wird die Matrix befüllt und es ergibt sich so sowohl ein Demokratie-Gesamtwert als auch Werte jeweils für die Dimensionen und Institutionen. Die DeMaX berücksichtigt in der Kontextmessung quasi-exogene Faktoren (z. B. Korruption, Gewaltniveau und Bildungsungleichheit), welche die Messung der Demokratie in der Berücksich-

16 Zur Website von Varieties of Democracy: <https://www.v-dem.net/en/>. Inzwischen gibt es auch einen historisch ausgerichteten Datensatz, der die Länder vor 1900 erfasst.

17 Zur Website der Demokratiematrix: <https://www.demokratiematrix.de/>.

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

tigung informeller Komponenten mit eindeutigen Kausalbezügen zu den Demokratiemerkmale noch stärker auf die Realität beziehen.

Diese unterschiedlichen Messungen verdeutlichen gemeinsam, dass Demokratien erst seit rund einem Vierteljahrhundert die Anzahl von Autokratien übertroffen haben. Demokratien sind seit den 1990er-Jahren *erstmalig* in der Weltgeschichte zum vorherrschenden Regimetyp geworden. Zugleich wird deutlich, dass den funktionierenden, liberal-rechtsstaatlichen Demokratien eine fast gleich große Gruppe defizitärer Demokratien gegenübersteht. Weiterhin existieren viele autokratische und hybride Regime, deren Anzahl in den letzten Jahren erneut leicht angestiegen ist.

Trotz einer gewissen Konvergenz der empirischen Befunde zeigen sich deutliche Unterschiede in den genannten Messanlagen (→ Tab. 2). Diese sind den unterschiedlichen Definitionen von Demokratie, ihrer divergierenden Operationalisierung und Aggregation geschuldet. Gleichfalls relevant ist die sich stark unterscheidende Datenerhebung. Auch wenn die Demokratiedefinitionen unterschiedliche Akzente setzen, so werden doch in allen Ansätzen deutliche Bezüge zu den drei Dimensionen politische Freiheit, politische Gleichheit sowie politische und rechtliche Kontrolle sichtbar. Am deutlichsten unterscheidet sich dabei das Kontrollverständnis. Während im angelsächsischen Raum damit stärker die politische Kontrolle durch Wahlen und politische Akteure verbunden sind, werden im europäischen Kontext gleichfalls rechtsstaatliche Institutionen einbezogen.

Kriterien zur Beurteilung der Qualität der Demokratiemessung selbst sind Objektivität, Reliabilität und Validität (Munck/Verkuilen 2002). Eine Messung ist *objektiv*, wenn sie unabhängig von der durchführenden Person zum gleichen Ergebnis kommt. *Reliabel* ist die Messung, wenn eine mehrfache Wiederholung immer dasselbe Ergebnis hervorbringt. *Validität* bedeutet, dass der Index auch tatsächlich das misst, was er vorgibt zu messen (Behnke et al. 2010: 125–132). Es zeigt sich, dass mit den einzelnen Konzepten unterschiedliche Messmöglichkeiten verbunden sind, deren Validität und Reliabilität variiert.¹⁸ Je nach Bedarf lassen sich die verschiedenen Verfahren der Demokratiemessung verbinden, um zu umfassenderen Einschätzungen zu gelangen. Während einige Ansätze bei der Messung der Demokratie die typologische Klassifikation (Demokratie ja oder nein) in den Vordergrund stellen (so Vanhanen und Polity), bestimmen die meisten Messanlagen darüber hinaus die Qualität der Demokratie. Zu letzterem gehört die inzwischen gängige Unterscheidung zwischen funktionierenden beziehungsweise liberalen und defizitären Demokratien.

Bei allen typologischen Unterscheidungen ist es notwendig, Schwellenwerte (*thresholds*) zu bestimmen, welche die Trennungslinien zwischen den Typen (Autokratie und Demokratie) festlegen. Bei Subtypen erweitert sich diese Aufgabe entsprechend. Auch wenn diese Setzungen bei der Arbeit von Typologien unerlässlich sind, sind sie nicht unumstritten, da ihnen stets ein Anschein von Willkürlichkeit

¹⁸ Eine vergleichende Analyse verschiedener Ansätze anhand der genannten Kategorien bieten Müller/Pickel 2007 und Lauth 2004.

2.1 Demokratie als Gegenstand der Vergleichenden Demokratieforschung

innewohnt. Daher sollte solch eine Grenzziehung immer gut begründet und transparent dargestellt werden.

Generell wird der Demokratiemessung ihr subjektives Vorgehen vorgehalten, da die zugrunde liegenden Daten maßgeblich auf Expertenratings beruhen. Doch wenn die Auswahl der Expert:innen und die Beurteilungsgrundlagen transparent gestaltet und offengelegt werden, dann ist eine Objektivierung der Daten möglich, die sie zum wissenschaftlichen Gebrauch eignen lassen. Alternativ wird auch vorgeschlagen, die Einschätzung der Qualität durch die Bürger:innen selbst vornehmen zulassen. Die in Umfragen gemessenen Daten sollten sich objektiv bestimmen lassen. Doch damit wird das Messproblem nicht nur verschoben, sondern vergrößert, da alle Bürger:innen eigene Maßstäbe in der Bewertung der Demokratie haben. Doch diese werden dann nicht transparent offengelegt. Die Umfrageforschung ist sich dieser Problematik bewusst und ist daher dazu übergegangen, die unterschiedlichen Demokratievorstellungen, die in der Bevölkerung existieren, zu identifizieren. Dabei zeigten sich innerhalb eines Landes erkennbare Unterschiede, die im interkulturellen Vergleich noch sichtbarer wurden.

Tab. 2: Zentrale Merkmale ausgewählter Demokratiemessungen. Quelle: eigene Darstellung basierend auf Pickel/Pickel (2006) und Bernhagen (2019)

Index	Konzeptualisierung von Demokratie	Indikatoren	Daten
Polity V	Gegenteil von Autokratie; Wettbewerb und Partizipation, Beschränkung der Exekutive; Garantie von Bürgerrechten	Wettbewerb und Steuerung der Partizipation, Rekrutierung und Offenheit der Exekutive, Einschränkungen des Regierungschefs	Subjektive Bewertungen durch Forscher:innen
Vanhanen	Wettbewerb; Partizipation	Anteil der stärksten Partei; Wahlbeteiligung gemessen am Anteil der Gesamtbevölkerung	Objektive Daten
Freedom House	Misst nicht explizit Demokratie, sondern Freiheit als zugrundeliegendes Konzept (bürgerliche Freiheiten; politische Rechte)	Bürgerliche Freiheiten: Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit; Rechtsstaat; Persönliche Autonomie Politische Rechte: Wahlen; Politischer Pluralismus und Partizipation; Arbeit der Regierung;	Mehrstufiges Verfahren von Expert:innen-ratings
V-Dem	Fünf Demokratiemodelle: Elektoral, liberal, egalitär, partizipativ, deliberativ (setzen sich jeweils aus mehreren Dimensionen zusammen)	Über dreihundert Einzelindikatoren	Mehrstufiges Verfahren von Expert:innen-ratings
DeMaX	Freiheit, Gleichheit, Kontrolle; gepaart jeweils mit fünf Institutionen der Demokratie	Mehrere Einzelindikatoren pro Matrixfeld	Meta-Index mit V-Dem-Daten

2. Grundlagen der Vergleichenden Demokratieforschung

2.1.3 Verständnisse von Demokratie

Diese subjektiven Vorstellungen von Demokratie seitens der Bürger:innen rücken seit geraumer Zeit in den Blick der Demokratie- und politischen Kulturforschung.¹⁹ Das Demokratieverständnis fungiert als „Hintergrundfolie“ (Pickel/Pickel 2023: 41), um zu verstehen, warum Bürger:innen die tatsächliche Demokratie im eigenen Land als legitim bewerten und unterstützen oder sich zunehmend von ihr abwenden.

Grundsätzlich muss bei der Forschung zu Demokratieverständnissen unterschieden werden zwischen

- einer *offenen* Abfrage dessen, was Befragte mit dem Begriff Demokratie verbinden (zum Beispiel: Was bedeutet für Sie Demokratie? Nennen Sie drei Begriffe), und
- der Zustimmung zu *vorgegebenen*, aus der Theorie deduktiv gewonnenen Demokratieverständnissen, wie sie in den genannten Datenreihen vorliegen (zum Beispiel: Wie sehr stimmen Sie der Aussage zu, dass individuelle Freiheiten für eine Demokratie unverzichtbar sind?).

Definition | Politische Kultur

Politische Kultur meint nach David Easton zunächst die auf das politische System und deren Objekte ausgerichteten Einstellungen und Wertorientierungen der Bürger:innen (Easton 1975; Pickel/Pickel 2016). Die wichtigste Pionierstudie von Almond und Verba (1963) zur *Civic Culture* definiert politische Kultur als das „political system as internalized in the cognitions, feelings, and evaluations of its population“. Damit beschreibt die politische Kultur nach Almond und Verba die „particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation“ (1963: 13 f.).

Die zentrale Prämisse der politischen Kulturforschung ist die Annahme, dass die Stabilität eines politischen Systems von den Einstellungen der Bürger:innen gegenüber dem System abhängt. Primär geht es dabei um die Kongruenz zwischen Kultur und Struktur: Sind die Bürger:innen in einem demokratischen System auch überzeugt von der Demokratie und unterstützen deren Prinzipien, dann ist Stabilität die Folge. Im umgekehrten Fall droht Instabilität. Im Verlauf der Zeit ist diese Grundannahme immer weiter ausdifferenziert und verfeinert worden (Putnam 1994; Inglehart/Welzel 2005; Bergem et al. 2019). Die Untersuchungsebene der politischen Kulturforschung ist dabei zwar zunächst die Mikro-Ebene, dennoch wird politische Kultur auf der Makro-Ebene als aggregierter „soziokultureller Unterbau des Institutionensystems“ verstanden (Pickel/Pickel 2006: 58). Ein solches Merkmal politischer Kultur sind die vorherrschenden Demokratieverständnisse in einem Regime.

Fuchs und Roller (2016) haben beispielsweise untersucht, ob sich die Demokratievorstellungen in den westlichen Demokratien grundsätzlich von asiatischen und arabischen Ländern unterscheiden. Zunächst zeigt auch diese Studie die notwen-

¹⁹ Vgl. ZfVP Volume 14, Issue 4 (December 2020). Special section: Conceptualizing and Measuring Meanings and Understandings of Democracy, herausgegeben von Norma Osterberg-Kaufmann, Toralf Stark, Christoph Mohamad-Klotzbach.

Sachregister

Die Angaben verweisen auf die Seitenzahlen des Buches.

A

Accountability 24, 29, 33, 133, 174, 234, 250

- verantwortlich 95, 118, 133
- Zurechenbarkeit 244

Afrika 18, 79, 94, 98, 101, 109, 115–117, 124, 129, 131, 132

Akteur 55, 58, 69, 80, 88, 95, 108, 115, 126, 131, 139, 157, 164, 182, 225, 232, 242

- Akteurskonstellation 238
- Akteurstheorie 49, 55, 56, 58, 77, 79–81, 87, 226, 237
- Hardliner 80
- Softliner 81, 115, 120

Amerika 62, 243

Anomie 70, 213

Arabischer Frühling 45, 86, 98, 124

Area-Studien 130

- Weltregionen 21, 89, 91, 101, 104, 105, 130, 137, 146, 150

Argentinien 15, 44, 48–50, 79, 93, 97, 99, 100, 104, 106, 117, 120

Asien 18, 94, 98, 99, 102, 112, 123, 129, 131, 132, 146

Autokratie 29, 31, 34, 35, 39, 40, 46, 47, 49, 64, 77, 81, 91, 99, 100, 103, 112, 140–145, 150, 151, 154, 189, 196, 225, 244

- Autokratieförderung 226, 238, 239
- Autokratisierung 18, 45, 89, 93, 102, 140–142, 144, 145, 187, 225, 227, 229, 239, 241
- Autokratisierungstheorien 228, 231–233, 237, 238, 242
- elektoral 99, 150, 151
- geschlossen 103, 141, 150

Autoritarismus 67, 88, 144, 154, 173, 183, 203, 238

- Autoritarismus-Studie 173, 183

B

Backsliding 18, 45, 140–143, 225, 234

Benin 96, 100, 102, 112, 116, 150, 244

Brasilien 15, 49, 67, 79, 93, 97, 99, 100, 106, 107, 115, 116, 122, 147, 179, 195, 209, 229, 234, 237, 251

Breschnew-Doktrin 108, 120, 122

Bürgerrat 252

C

Chile 49, 67, 84, 92, 93, 97, 100, 102, 103, 106, 107, 116, 120, 127, 135, 136

China 22, 48, 58, 82, 86, 102, 113, 127, 143, 192, 195, 197, 198, 209, 230

Civic Culture 36, 59

Clan 75

- Clanherrschaft 114, 124

Cleavage/Konfliktlinie 60, 61, 204, 220, 234

Conceptual stretching 25, 32

Critical juncture 71, 76, 77, 88

D

DDR 22, 49, 50, 68, 116, 117

Dealignment 161, 188, 207, 210, 220, 233

Dekonsolidierung 53, 140, 141

Demokratie

- defekt 137, 139
- Definition 21, 23, 27, 28, 36, 47, 61, 144, 158, 193, 200
- defizitär 39, 45, 51, 91, 110, 112, 135, 142, 143, 151, 156, 168
- deliberativ 22, 152, 251
- direkt 29, 38, 39, 174, 233, 252
- elektoral 33, 103, 142, 144, 146, 148–152
- etabliert 229
- funktionierend 91, 103, 135, 136, 168
- illiberal 132, 133, 143, 198, 203, 214, 221, 257
- inegalitär 132
- liberal 16, 21, 33, 141, 143, 146–152, 174–177, 184, 186, 188, 192, 195–199, 202, 204, 207, 208, 212, 213, 218, 220, 223, 243, 246, 260
- parlamentarisch 38, 41, 65–68, 106, 115, 233
- präsidentiell 40

Sachregister

- sozial 25
- substantiell 23
- Demokratieförderung 18, 55, 56, 60, 81–84, 86, 89, 128, 226, 231, 238, 239
- Externe Faktoren 18, 55, 81, 83, 86, 89, 97, 116, 121, 125, 226, 231
- Demokratiematrix 33, 99, 103, 104, 109, 112, 131, 135, 150–152, 155–157, 165–167, 170
- Demokratiemessung 30–32, 34, 35, 46, 139, 145, 146, 171, 187, 219
- Democracy Index 32, 33
- Demokratiematrix 33, 99, 103, 104, 109, 112, 131, 135, 150–152, 155–157, 165–167, 170
- Freedom House 31, 32, 35, 141, 152, 154, 155
- Polity 35
- Varieties of Democracy 32, 33, 146, 152, 153
- Demokratieverständnis 21, 32, 36, 37, 83, 91, 95, 144, 145, 174, 176, 177, 188, 203, 204, 221, 264
- direktdemokratisch 174, 176, 177, 245, 251, 253
- liberal 174, 176, 177, 188, 204
- populistisch 174
- sozial 174
- Demokratisierung
- Dritte Welle der Demokratisierung 17, 46, 94, 98, 99, 104, 105, 131, 133, 227
- Erste Welle der Demokratisierung 92, 95, 225
- Faktoren 55, 86, 89
- Zweite Welle der Demokratisierung 96, 227
- Demonstration 106, 161
- Deutschland 22, 41, 43, 46, 47, 49, 51, 53, 63, 81, 83, 84, 92, 95, 96, 100, 103, 131, 152, 159, 162–168, 170, 172, 173, 176, 180–184, 197, 201, 205, 206, 212, 214, 216, 230, 235, 252, 254, 255
- Differenzierung 37, 38, 47, 79, 119, 173, 187, 191, 213, 221, 222, 240, 261
- Diffusion 84–86, 124, 238
- Digitalisierung 191, 198, 199, 207, 256
- Diktatur 42, 47, 53, 79, 105, 114, 120, 123
- Dimension 26, 28, 66, 132, 194, 203, 239
- Demokratiedimension 245
- E
- Effektivität 25, 52, 64, 166, 212, 217, 259
- Effizienz 52, 122, 212, 259
- Einstellung 216
- Elite 48, 81, 97, 115, 120, 158, 174, 200, 207, 217, 249, 257, 258
- Bourgeoisie 79, 95
- Elitendemokratie 122
- Oligarchie 97, 98
- Entwurzelung 159, 161, 162, 166, 188, 189, 192, 208, 222
- Erosion 18, 112, 140–143, 151, 166, 200, 203, 221
- Erosionsagent 140, 143, 171, 234, 238, 243, 244
- Europa 15, 18, 50, 84, 92, 94, 105, 108, 127, 131, 136, 155, 164, 184, 197, 201
- Europäische Gemeinschaft 121, 231
- Europäische Union 16, 189, 195, 204, 212
- Osteuropa 37, 42, 70, 96, 116, 117, 132, 146, 223
- Südeuropa 15, 16, 42, 43, 99, 105, 106, 116, 117, 120, 125, 153, 163, 170, 178, 231
- Westeuropa 147, 152–155, 157, 167, 172, 173, 179, 202, 215, 216
- F
- Föderalismus 50, 65, 66, 126
- Fragmentierung 52, 134, 164, 188, 216
- Freedom House 31, 32, 35, 141, 152, 154, 155
- Freiheit 16, 26–30, 33–35, 59, 68, 72, 156, 165, 169, 175, 208, 212, 225, 235, 243, 248, 261
- G
- Gewalt
- Entscheidungsgewalt 251
- Gewaltfreiheit 251
- gewaltsam 81, 84, 96, 97, 106, 113, 119, 124, 168, 184, 234, 235, 245
- Individualdrohung 74
- politisch 184
- Putschdrohung 133
- vierte 199

- Ghana 96, 100, 102, 109, 110, 116, 149, 150
- Gleichheit 16, 26–31, 33–35, 44, 59, 68, 72, 156, 165, 174, 175, 209, 225, 235, 241, 243, 245, 248, 251
- ökonomisch 241
 - politisch 27, 33, 34
 - sozial 241
- Globalisierung 61, 191–195, 199, 203, 204, 210, 214, 218–221, 226, 228, 230–232, 234, 241, 243, 244, 246, 250
- Globalisierungsdilemma 192, 195, 208
- Governance 32, 83, 85, 124, 219
- Good Governance 83, 124
- Griechenland 84, 98–100, 105, 115, 117, 120, 121, 135, 149, 150, 152, 153, 156, 159, 164, 168, 173, 176, 205, 206
- H**
- Hybridität 104, 225
- I**
- Identität 27, 61, 204, 234, 241, 247–249
- Identitätspolitik 206, 208
 - Kollektive 229
- Indien 92, 100, 103, 126, 148, 150, 168, 209, 243–245
- Individualisierung 161, 191, 192, 207, 208, 210–213, 220, 247
- Indonesien 101, 102, 114, 116, 117, 120, 123, 125
- Institutionen
- formale 40, 55, 69, 70, 75
 - informelle 18, 40, 55, 56, 63, 70–72, 75–78, 87, 226, 237, 238, 245
 - Institutional Engineering 63, 87, 88
 - Regeln 40, 50, 63, 69–72, 74–78, 132, 133, 211, 219
- Interessenorganisation 29, 165
- Intermediäre Vermittlung 235
- Internationale Organisationen 194, 199, 203, 231, 240, 244
- Italien 47, 49, 70, 92, 100, 152, 155, 156, 161–163, 165, 166, 168, 176, 182, 205, 206, 210, 212, 214, 233, 237
- K**
- Klientelismus 72, 73, 75, 128, 132, 237, 259
- Loyalität 73, 237
 - Neopatrimonialismus 75
 - Subtypen 21, 34, 38, 39, 41, 44, 73, 88, 103, 132, 141
- Kommunikation 23, 29, 85, 139, 145, 166–170, 188, 199–201, 207, 211, 213, 222, 226, 235, 250, 253, 256–259
- Öffentliche Kommunikation 85, 139, 145, 166–170, 188, 213, 226, 235
- Kommunismus 84, 210
- Kommunistische Herrschaft 15, 122, 123
- Kommunitarismus 61, 203, 204, 216, 218, 223
- Komplexität 30, 39, 40, 50, 56, 57, 87, 164, 219, 226, 229, 240, 244, 245, 250, 261
- konservativ
- Konservative 185, 186
 - konservative Einstellungen 185
 - konservative Parteienfamilie 163, 202
- Konsolidierung 21, 43–45, 47, 49, 51–53, 57, 63, 65, 68, 74, 87–89, 91, 107, 121, 123, 127, 128, 131, 135, 136, 154, 202, 227, 231, 233
- Kontrolle 26–29, 33–35, 44, 49, 56, 57, 66, 67, 74, 103, 109, 114, 144, 156, 165, 194, 197, 221, 225, 235, 243, 248, 253, 256
- Accountability 24, 29, 33, 133, 174, 234, 250, 264
- Korruption 33, 71, 72, 75, 78, 105, 112, 121, 123, 128, 132, 133, 144, 194, 237, 259, 263
- Kosmopolitismus 61, 192, 203, 204, 216, 218, 223
- Krise 16, 18, 21, 24, 41, 45, 109, 139, 140, 158, 160, 166, 189, 213, 218, 219, 243, 248, 257, 263
- akut 189
 - latent 140
- Kultur 25, 36, 47, 51, 59, 61, 69, 89, 96, 145, 171, 178, 185, 210, 219, 242, 243, 247, 260
- Kulturelle Faktoren 127, 128
 - Kultureller Wandel 61
 - Kulturtheorien 56, 87, 226
 - Leitkultur 248
 - Politische Kultur 36, 47, 51, 59, 69, 89, 96, 145, 171, 178, 185, 210, 219, 243, 247, 260
 - Wertewandel 59, 127, 208, 212

Sachregister

L

Lateinamerika 18, 42, 43, 50, 62, 70, 79, 84, 93, 94, 97–99, 106, 116, 117, 121, 125, 129, 132, 147, 201, 223, 227

Legalität 143

Legitimität 78, 84, 189, 253

– Legitimation 24, 29, 38, 44, 58, 59, 64, 68, 69, 107, 112, 114, 115, 129, 143, 159, 196, 234, 250, 256, 260

Liberalismus 22, 151, 202, 204, 207, 218

– Liberalisierung 50, 58, 107, 127, 191, 194, 210, 218

– Neoliberalismus 211, 220

M

Macht, Machtverhältnisse 96, 105, 127

Medialisierung 195, 198–200, 207, 219

– Medien 29, 82, 166, 167, 175, 188, 191, 198–202, 208, 217, 223, 234, 240, 248, 256–259

Mehrebenensystem 241

Meinungsfreiheit 103, 256, 259

Menschenrechte 84

– Bürgerliche Rechte 32

– Low Intensive Citizenship 132

Mexiko 48, 50, 52, 79, 100, 102, 106, 107, 116, 122, 133, 229

Militär 38, 48, 52, 74, 79, 105–108, 115, 125, 127, 182

– Militärdiktatur 39, 102

Mobilisierung 187, 199, 201, 202, 210, 213

Modernisierung 18, 56–59, 61, 63, 97, 98, 119, 124, 199, 207, 208, 211–214, 220, 221, 228, 232, 240, 244, 261

– Modernisierungstheorie 57, 62, 79, 81, 82, 97, 125, 211, 228, 239

– Ökonomische Modernisierung 18, 124, 208

– Sozioökonomischer Entwicklungsstand 126

– Systemtheorie 56, 122

Monarchie 39, 44, 106, 115

N

Namibia 100, 102, 109, 117

Narrativ 200

– Fake News (social media) 96, 191, 199

Nigeria 96, 100, 102, 109, 111, 116, 144, 150

Norm 72

O

Operationalisierung 30–32, 34, 46, 53, 59, 209, 241

Opposition 68, 77, 80, 105, 107, 109, 110, 112–115, 120, 121, 142, 143, 179, 182, 235, 244

P

Parlament 29, 40, 66, 67, 69, 106, 113, 133, 140, 180–182, 187, 206, 211, 233, 255, 257

Partei 31, 35, 61, 67, 106, 107, 112, 114, 122, 134, 136, 151, 155, 158, 159, 163, 179, 183, 201, 202, 210, 214, 235, 237, 255

– Einparteiensstaat 109

– kommunistisch 114, 122

– Parteibindung 189, 210

– Parteiensystem 135, 169, 233, 246

– Parteimitglieder 162

– populistisch 163, 214, 235

– Volkspartei 151, 163, 164

Partizipation 24, 26, 27, 30, 31, 35, 38, 68, 69, 72, 74, 161, 189, 208, 233, 250, 252–254

Performanz 25, 38, 52, 54, 177, 196, 232, 250, 259–261

– Output 24, 212, 253

Pfad 76, 88, 115

– Destabilisierungsmechanismen, 77

– Pfadabhängigkeit 55, 76, 88

– Pfadstabilisierung 76

– Pfadwechsel 78

– Transformationen 43, 47, 79, 98, 99, 106, 118, 120, 123, 125, 130, 139, 260

Philippinen 49, 99, 100, 102, 112–114, 117, 120, 123, 134, 150, 151, 234

Polarisierung

– demokratisch 246, 250, 257

– dysfunktional 208, 214, 246

Polen 16, 49, 51, 52, 62, 86, 92, 100, 108, 115, 116, 120, 122, 123, 128, 129, 136, 149–151, 172, 207, 234, 237, 245

Politische Bildung 249, 250, 262

– Didaktik 263

– Schule 262

Polity 30, 31, 34, 35, 152–154

- Polyarchy 30, 31, 152
- Populismus 21, 163, 164, 183, 192, 201, 204, 211, 218, 222, 223, 250, 257, 259
- autoritär 192, 204, 222, 223, 259
 - Linkspopulismus 163
 - Rechtspopulismus 21, 155, 164, 191, 197, 203, 221, 222, 246, 259
- Postdemokratie 202, 221
- Präsidentialismus 65, 67, 68
- Hyperpräsidentialismus 67
 - Koalitionspräsidentialismus 67, 68
- Protest 204
- Putsch 74, 110, 112, 128, 143
- Q**
- Qualität 21, 25, 29–32, 34, 35, 41, 43, 44, 46, 47, 51, 53, 54, 75, 78, 81, 91, 124, 136, 140–142, 146, 152, 154, 156, 165–168, 170, 192, 218, 225, 232, 235, 238, 240, 241, 243, 245, 247, 255, 263, 264
- Demokratiequalität 32, 145, 147–149, 152–157, 165, 167, 171, 187–189, 194, 229, 235–237, 243, 245
- R**
- Radikalisierung 70, 184, 185, 207, 208, 237
- Rational Choice 80
- Rechtsextremismus 187, 254
- Rechtspluralismus 74
- Gewohnheitsrecht 74
- Rechtsstaat 35, 56, 70, 74, 75, 126, 135, 196
- defizitär 73, 75
 - Rechtsstaatlichkeit 32, 33, 44, 51, 70, 83, 87, 121, 133, 136, 144
- Referendum 107, 108, 110, 204, 252, 253
- Regierungssystem 50, 52, 64–67, 111, 134
- Konsens- und Mehrheitsdemokratie 38, 65, 66, 246, 247
 - präsidentielles, parlamentarisches 38, 40, 41, 44, 50, 65–67, 111, 134
- Regime
- hybrid 34, 39, 75, 99, 104, 109, 111, 112, 150, 151, 227, 244, 245
 - Regimemessung 31, 32, 46
 - Regimewandel 46, 47, 50, 81, 149
 - Regimewechsel 46–49, 51, 71, 75–77, 81, 82, 84, 86, 88, 91, 93, 95, 104, 106, 108, 115, 116, 118, 120, 123, 140, 141, 144, 149–151, 225, 245
- Regimes of the World (RoW) 33, 98, 103, 146, 147
- Regression 18, 89, 99, 126, 140–143, 203, 218, 222, 225
- autokratisch 141, 225
 - demokratisch 141–143, 203, 218, 222
- Religion 52, 62, 119, 183
- Repräsentation 16, 21, 69, 92, 175, 189, 199, 204–206, 233, 250, 253, 255
- Resilienz 21, 53, 54, 245–250, 260, 261
- Responsibility 158
- Verantwortlichkeit 24, 153, 158, 193, 196, 202, 210, 228, 232, 237
- Responsivität 23, 24, 166, 174, 191, 199, 206, 207, 212, 220, 223, 240, 246, 250, 253, 254, 264
- Ressourcen 33, 56, 58, 59, 79, 88, 127, 197, 222, 226, 262
- Rollback 18, 140, 141, 144
- Rumänien 49, 78, 101, 116, 123
- Russland 48, 70, 83, 86, 102, 122, 146, 148, 154, 192, 195, 197, 198, 246
- S**
- Senegal 96, 101, 102, 109, 116, 117
- Sequenzierung 119
- Sowjetunion 15, 43, 99, 101, 102, 108, 122
- UdSSR 15, 56, 84, 92, 101, 108, 122, 125
- Soziale Medien 85, 167, 188, 191, 192, 198–202, 208, 234, 256, 257, 259
- Social media 124, 237, 239
- Sozialkapital 63, 189, 247
- Bonding Social Capital 63, 247, 250
 - Bridging Social Capital 63, 247
- Staat, Staatlichkeit 40, 43, 48, 60, 61, 66, 71, 112, 126, 174
- Fragile Staatlichkeit 124, 126
 - Schwache Staatlichkeit 126, 244
 - Staatsgliederung 50
 - State Capture 111, 136
- Subsidiaritätsprinzip 244
- Südafrika 39, 101, 102, 109–111, 115, 116, 124, 136, 149, 151
- Südkorea 49, 99, 100, 103, 104, 113, 115, 116, 123, 125, 135, 136, 209

Sachregister

System 29, 36, 57, 59, 72, 74, 87, 89,
103, 140, 141, 145, 146, 158, 166,
172, 173, 196, 197, 210, 228, 247, 250
– politisch 29, 36, 57, 59, 72, 74, 141,
158, 166, 172, 173, 210, 228, 250
– Systemtheorie 56, 122
– Systemwechsel 19, 41, 43, 48, 49, 68

T

Taiwan 49, 101–103, 113, 116, 123, 125,
127, 135, 136, 255

Trade-Off 26, 243

Transformation 25, 28, 43, 45, 47, 75,
77, 80, 84, 88, 89, 115, 120, 122, 125,
137, 215, 227, 237, 242, 258
– Phasen 46, 49, 50, 55, 61, 99, 122,
139, 141, 142, 145, 215
– Theorien 18, 40, 41, 54–56, 70, 80, 87,
89, 125, 137, 145, 191, 218, 220,
222, 225–227, 232, 240, 242

Transition 42, 46, 47, 49, 70, 91, 98, 106,
109–111, 113–119, 121, 123, 125–130,
133, 136, 225, 239

– gelenkte 116

– paktierte 115

Typus 39, 40, 60, 67, 116, 117, 121, 132,
233

– Idealtypus 49, 65

– Subtypus 39, 40, 44, 67, 73

U

Ungarn 22, 49, 52, 101–103, 109, 115,
116, 123, 129, 133, 136, 143, 150,
151, 157, 172, 188, 195, 234, 237,
243–245, 259

Ungleichheit

– Bildungsungleichheit 33

– Einkommensungleichheit 135

– ökonomisch 194

– sozial 133, 199, 229, 260

Unzufriedenheit 48, 124, 145, 146, 177,
179, 187–189, 218, 244

Uruguay 49, 93, 97, 99, 100, 103, 106,
107, 116, 121, 122, 135, 136

USA 21, 22, 50, 58, 71, 81, 83–86, 92,
101, 112–114, 120, 121, 132, 135,
148, 152, 153, 156–158, 163, 166–170,
173, 179–182, 185, 186, 188, 201,

205, 206, 209, 210, 214, 217, 219,
223, 229, 233, 237, 243, 248, 257

V

Varieties of Democracy (V-Dem) 32, 33,
146, 152, 153

Venezuela 101, 103, 122, 244

Verfassung 40, 49–52, 63, 64, 66, 69, 71,
95, 105–115, 121, 142, 233

– Verfassungsgericht 50

Verhandlung 81

Vertrauen 19, 52, 53, 59, 75, 136, 166,
178–183, 187, 189, 192, 208, 217,
218, 228, 240, 247, 250–253, 255, 257
– Institutionenvertrauen 74, 181, 182
– Vertrauenskrise 243

Veto-Spieler/Veto-Akteure 51, 52, 74,
129, 133, 135

Volatilität 52, 161, 162, 189, 192, 211,
233

W

Wahl 26, 91, 107, 108, 113, 143, 159,
206, 214, 233, 240

– fair 91

– frei 107

– gleich 26, 144

– kompetitiv 68, 103, 124

– teilweise frei 108

– Wahlbeteiligung 31, 33, 35, 159–161,
170, 189, 210, 228, 233, 246

– Wahlverhalten 211

Wirtschaft 25, 52, 56, 57, 89, 122, 197,
203, 239, 242

– Ökonomische Faktoren 59, 87, 134,
218

– Wirtschaftskrise 107, 196

– Wirtschaftswachstum 57, 119, 199

Wohlfahrtsstaat 40

Z

Zivilgesellschaft 29, 33, 38, 43, 44, 51,
53, 63, 80, 82, 89, 120, 121, 124, 129,
134, 135, 151, 165, 226, 233, 234,
239, 242, 247, 248, 250, 262
– Ambivalente Zivilgesellschaft 133, 234
– Dunkle Seite 247, 249, 262

Personenregister

Die Angaben verweisen auf die Seitenzahlen des Buches.

B

Berg-Schlosser, Dirk 38, 41, 45, 130
Beyme, Klaus v. 264

C

Coppedge, Michael 33, 45, 119, 128–130,
153–155, 215, 216, 227

D

Dahl, Robert A. 22–24, 30, 31, 128, 139,
177, 192, 250, 263
Diamond, Larry 42, 45, 71, 81, 140, 141,
144, 200

F

Fraenkel, Ernst 23, 27

H

Habermas, Jürgen 192, 193, 251
Huntington, Samuel P. 24, 42, 44, 46, 51,
61–63, 91–94, 98, 102, 117, 118, 130,
196

I

Inglehart, Ronald 36, 59–61, 89, 123,
127, 128, 185, 186, 208, 212

K

Kneuer, Marianne 81, 84, 86, 121, 128,
140, 141, 143, 151, 222, 238
Knutsen, Carl H. 128, 134, 152, 156
Kriesi, Hanspeter 170, 173, 174,
177–179, 193, 195, 200, 201, 219

L

Levitsky, Steven 21, 39, 44, 70, 71, 128,
141, 143, 156, 168, 219, 221, 223, 243
Lijphart, Arend 38, 65, 66, 210, 246
Linz, Juan J. 29, 43, 45, 46, 48, 51, 65,
108, 124, 126, 134, 158, 232, 233,
235, 241, 264
Lipset, Seymour M. 57, 60, 61, 126, 211
Luhmann, Niklas 56, 57
Lührmann, Anna 33, 40, 102, 103, 227,
245

M

Merkel, Wolfgang 17, 28, 39, 43–46, 49,
51–53, 55, 65, 68, 89, 92, 116, 136,
137, 140, 160, 183, 189, 193, 203,
204, 222, 240, 242, 245–248, 260,
261, 264
Moore, Barrington 58, 79, 94
Morlino, Leonardo 23, 51, 70, 237
Munck, Gerardo 34, 38, 106

N

Norris, Pippa 60, 179, 185, 186, 212
North, Douglass 63, 69, 70, 178

O

O'Donnell, Guillermo 15, 23, 25, 32, 42,
44–46, 53, 58, 70, 71, 80, 97, 105,
106, 118, 119, 228, 237

P

Parsons, Talcott 56
Przeworski, Adam 23, 38, 51, 80, 126,
140, 158, 164, 202, 218
Putnam, Robert D. 36, 45, 62, 72, 247

R

Reckwitz, Andreas 193, 207, 260, 261

S

Sartori, Giovanni 22, 158
Schmidt, Manfred G. 16, 17, 22, 23,
30–32, 38, 54, 85, 86, 124, 195, 196
Schumpeter, Joseph A. 23, 263
Selk, Veith 17, 145, 165, 183, 195,
199–201, 208, 211–213, 220, 221, 232,
240, 250
Stepan, Alfred 43, 45, 46, 51, 65, 108,
115
Streeck, Wolfgang 76, 228, 232, 240, 241,
243

T

Teorell, Jan 45, 117–119, 129, 134

Personenregister

V

Vanhanen, Tatu 30, 31, 34, 35, 45, 58,
59, 126

W

Welzel, Christian 36, 59–61, 89, 123,
127, 128, 177, 186, 208, 209, 231

Z

Zürn, Michael 140, 141, 153, 163, 182,
192, 193, 199, 204, 207, 213, 218,
222, 231, 240, 243, 249, 251